

Erscheint wöchentlich einmal.

Preis für Preßburg:

ganzzährig 5 fl.; halbjährig 2 fl. 50 kr.; vierteljährig 1 fl. 25 kr.; Zustellung in's Haus per Quartal 25 kr.; einzelne Nummern 10 kr.

Auswärts mit Post bezogen:

ganzzährig 6 fl.; halbjährig 3 fl.; vierteljährig 1 fl. 50 kr.

In Preßburg abonnirt man bei der Expedition:

C. Angermayer's Buchdruckerei, Lenturgasse Nr. 167.

Das Recht.

Inserate werden bei der Expedition des Blattes angenommen. Die 3-mal gespaltene Petitzeile kostet bei einmaliger Einschaltung 7 kr. mehrmalig entsprechender Rabatt; jede malige Stempelgebühr 30 kr. Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt an die Redaction; unversiegelte Declarationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei.

Redaction: Bierreimgasse Nr. 177

Conservativ-fortschrittliche Wochenschrift für Politik und Volkswirtschaft, für Literatur und Kunst.

Nr. 48.

Samstag 1. Dezember 1877.

VI. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Ungarn. Se. Majestät der Kaiser und König hat mit a. h. Handschreiben vom 23. Nov. zur Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten die beiderseitigen Delegationen auf den 5. Dezember nach Wien einberufen. Demzufolge sind die Mitglieder der ungarischen Delegation am 29. Nov. zu einer Conferenz unter Vorsitz des Alterspräsidenten Széchenyi zusammengetreten, um ein vorläufiges Einverständnis über die Wahl des Präsidiums, der Schriftführer und des Quästors (Schatzmeisters) zu erzielen. Als Präsident wurde Herr Lad. v. Szöghényi-Warich, als Vicepräsident Herr Jos. v. Szilávy bezeichnet. Desgleichen einigte man sich in vorhinein über die Mitglieder der einzelnen Ausschüsse.

Die Verhandlung der Regnicolar- oder Quotendeputationen hat bekanntlich zu keinem entscheidenden Erfolge geführt. Demzufolge hat sowohl die ungarische, als auch die österreichische Deputation den Beschluß gefaßt, den Bericht über den Fortgang der Verhandlung an die respectiven Vertretungen zu erstatten. Den diesbezüglichen Beschluß hat die österreichische Deputation bereits — wie wir dies schon meldeten — am 22. Nov. gefaßt. Ihrem Beispiele folgte die ungarische Deputation in einer am 29. Nov. abgehaltenen Sitzung, in welcher der Präsident an das letzte Nuntium erinnerte, worin die Deputation erklärte, falls nicht neue Propositionen von österreichischer Seite einlangen sollten, die eine Fortsetzung der Verhandlungen ermöglichen würden, den Bericht an den Reichstag erstatten zu wollen. Nachdem nun die österreichische Deputation ihren Bericht an den Reichsrath schon erstattete, somit mit dieser Thatsache jede Hoffnung auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen geschwunden ist, so blieb auch der ungarischen Deputation nichts weiter übrig, als dem österreichischen Beispiele zu folgen und ebenfalls den Bericht zu erstatten. Die Deputation betraute in Folge dessen den Referenten Max Falk mit der Abfassung, und dann soll der Bericht mit einem Begleitschreiben des Präsidenten dem Ministerium übermittelt und von diesem an beide Häuser des Reichstages geleitet werden.

Aus dem Leben der Parlaments-Ausschüsse erweist sich als besonders mittheilenswerth die Verhandlung des Zollauschusses vom 26. Nov. über den mit der österr.-ungar. Lloyd-Gesellschaft abgeschlossenen Schiffahrt- und Postvertrag. Dieser Vertrag bildet auch einen Bestandtheil, oder vielmehr ein Anhängsel des Ausgleiches zwischen beiden Reichshälften, und die sog. Lloyd-Schiffahrt-Gesellschaft ist gleich der Nationalbank eine privilegierte Gesellschaft, welche sich an dem Marke der Steuerträger beider Reichshälften bereicherte. Darum ist sie denn auch ein Schoßkind der herrschenden Oliguen. Graf Albert Apponyi, dem unermüdeten Forscher auf volkswirtschaftlichem Gebiete, war es beschieden, mit Hilfe der durch seine Forscherstudien erzielten Daten dem Schoßkinde, d. h. seiner unberechtigten Existenz, an den Leib zu rücken. Er lehnte den Gesetzentwurf ab, weil er in dem Bestande des Lloyd-Unternehmens kein so wichtiges politisches Factum erblickt, welches von uns im Verlaufe von 10

Jahren ein Opfer von 7 Millionen motiviren würde. Um die Wichtigkeit dieses Unternehmens für den Postverkehr beurtheilen zu können, müßten wir auch den Postverkehr kennen, welchen der „Lloyd“ für Ungarn vermittelt. Hiesfür fehlen jedoch die Daten und Redner findet es nicht motivirt, daß wir für das Ausland den Postverkehr nach der Levante unterhalten. Aus den dem Redner zur Verfügung stehenden Daten hat derselbe die Ueberzeugung geschöpft, daß die ganze Schiffahrt-Richtung des „Lloyd“ für uns von so untergeordneter Bedeutung sei, daß dieselbe gar nicht mit der Höhe der Subvention in ein richtiges Verhältniß zu stellen ist. Diese Schiffahrt-Richtung gravitirt gegen den Orient und kann uns daher unter den heutigen industriellen Verhältnissen kaum einen Dienst leisten.

Von unseren Waaren existirt aus dem Triester Hafen kein nennenswerther Verkehr nach dem Oriente. Unter solchen Umständen ist es ein wahres Räthsel, daß die Regierung mit der Forderung hervortritt, alljährlich 700,000 fl. in das Meer zu werfen. Wenn wir Geld haben zur Unterstützung des Verkehrs, so ist es ein Postulat der gesunden Vernunft, diesen Verkehr nach dem Westen zu unterstützen. Aus politischem Gesichtspunkte kann Redner nur die Linie Triest — Patras — Piräus — Volo — Salonichi — Constantinopel acceptiren. Bevor man unter unseren mißlichen Finanzverhältnissen eine so beträchtliche Summe auf zehn Jahre votirt, müßte man die Zweckmäßigkeit und Wichtigkeit erweisen, weshalb Redner den Entwurf ablehnt und folgenden Beschlusstrag vorlegt:

„Unter Ablehnung des Gesetzentwurfes über den mit der Dampfschiffahrt-Unternehmung „Österreichisch-ungar. Lloyd“ abzuschließenden Schiffahrt- und Postvertrag wird die Regierung aufgefordert, einen auf Verkehrs-Daten beruhenden Bericht über die im Interesse Ungarns aufrecht zu erhaltenden oder ins Leben zu rufenden Seefahrten der Legislative vorzulegen. Und insofern irgendwelche derselben ohne Subvention seitens des ungarischen Staats-Verars nicht fortbestehen könnte, und doch für so sehr wichtig befunden würde, daß die Subventionierung selbst unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen motivirt erschiene, möge die Regierung einen solchen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die Befahrung dieser See-Linien — sei es durch den Österreichisch-Ungarischen Lloyd, sei es durch eine andere Unternehmung — unter den geringsten Opfern sichern soll.“

Dieser Antrag fiel, aber, nur mit der Stimme des Präsidenten, welcher die Waagschale zu Gunsten der Regierung zur Reize brachte. Graf Albert Apponyi meldete ein Separatvotum an, und es wird im Plenum des Hauses einen harten Strauß kosten, denn die Regierung wird gegen den Grafen Apponyi und die bessere Ueberzeugung des Hauses zu kämpfen haben.

Noch wollen wir des Ausweises gedenken, welchen das Amtsblatt über die Finanzgebarung im dritten Quart. l. J. veröffentlicht. Die Einnahmen betragen 56,433.657 fl., die Ausgaben hingegen 71,420.759 fl., das Deficit somit beinahe 15 Millionen. Das ist ein Finanzresultat unter aller Kritik!

Die Verhandlungen über die

Grenzbahnen haben zur nächsten Folge gehabt, daß sieben kroatische Abgeordnete aus dem Club der liberalen Partei ausgetreten sind und zwar: Ivan Tombor, Bujt, Hrvat, Baron Džsegovits, Džics, Kotur und Ernadač.

Oesterreich. Das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes beschäftigte sich, ohne dabei zum Ende zu gelangen, während der ganzen nunmehr abgelaufenen Woche mit der Specialdebatte über die Bankvorlage, wobei in der Sitzung vom 27. Nov. nach laugen und lebhaften Debatten die Angelegenheit bezüglich der zwei Vicegouverneure der Bank mit 145 gegen 119 Stimmen im Sinne der Regierungsvorlage, sowie des Beschlusses des ungar. Abgeordnetenhauses erledigt wurde. Die Ausschuß-Majorität hatte, im Einklang mit der bisherigen Nationalbank-Direction, die Wahl dieser Vicegouverneure empfohlen, während dieselben jetzt von Sr. Majestät ernannt werden, u. zw. jener für Budapest auf Vorschlag des ungarischen, und der für Wien auf Vorschlag des österreichischen Finanzministers.

In der Sitzung vom folgenden Tage wurde der Bericht der österreichischen Quotendeputation über das Scheitern ihrer Verhandlungen mit der ungarischen Deputation eingebracht.

Deutschland. Von officiöser Seite verlautet, daß gegründete Aussicht auf eine „befriedigende“ Lösung der Zollfrage mit Oesterreich-Ungarn vorhanden sei. Vorläufig dürfte jedoch eine 6monatliche Verlängerung des am Neujahr zu Ende gehenden Vertrages eintreten.

Im preußischen Landtage sind die Kulturkampf-Debatten fortwährend auf der Tagesordnung, Dank der unermüdeten Ausdauer der Führer des Centrums, welche diese einzige erlaubte Gelegenheit, der Regierung die Wahrheit sagen zu dürfen, trefflich und energisch benützen.

Die Solidarität des bairischen Ministeriums bewährte sich bei den jüngsten Kammerdebatten über das Budget nicht. In Folge einer Abstimmung bezüglich des Forst-Stats nahm und erhielt Finanzminister v. Berr — leider nur dieser — seine Demission.

In Frankreich stellte sich am 24. Nov. das neue Ministerium den Kammern vor, wobei Ministerpräsident General Rochebouet im Senat nachstehende, die Friedensliebe Mac Mahon's deutlich bekundende Erklärung abgab:

„In Folge der jüngsten Debatten in beiden Kammern hat der Präsident der Republik das Ministerium Männern anvertraut, deren Programm es ist, außer halb des politischen Kampfes zu bleiben. Wir werden die Gesetze des Landes treu befolgen und dem Marschall-Präsidenten die Unterstützung leihen, die er von uns verlangt. Nach einer langen Periode der Agitation bedarf Frankreich der Ruhe. Es ist in diesem Abschnitte des Jahres von höchster Wichtigkeit, den Handelsverkehr zu erleichtern und die Ausstellung des Jahres 1878 vorzubereiten. Wir werden alle Anstrengungen machen, um eine gute Geschäftsgebarung herbeizuführen, was für uns die gebieterischste Pflicht und das wirksamste Mittel zur Wiederherstellung der Eintracht unter den öffentlichen Gewalten ist.“

Wir werden die uns leitende republikanische Verfassung achten und derselben Achtung verschaffen. Die Verfassung wird intact aus unseren Händen in jene unserer Nachfolger übergehen, sobald der Präsident der Republik den Moment für geeignet erachtet wird, aus dem Parlamente entnommenen Ministern die Gewalt anzuvertrauen. Bis dahin werden wir uns möglichst bemühen, Ordnung und Frieden herbeizuführen. Der Präsident der Republik verlangt von Ihnen, daß Sie uns bei dem Werke der Beruhigung helfen, und rechnet hierbei auf Ihren Patriotismus."

Während die Majorität des Senats diese Erklärung beifällig begrüßte, begann in der Deputirtenkammer, wo der neue Minister des Innern, Welche, die gleichlautende Erklärung abgab, unmittelbar darauf der erbitterteste parlamentarische Kampf auf's Neue. Mit der Majorität von 115 Stimmen wurde nach überaus heftigen Debatten der Beschluß gefaßt, mit "diesem" Ministerium, das eine Negation des parlamentarischen Volksrechtes sei, in keine Verbindung zu treten.

Mac Mahon kann sich, wie das Resultat sämtlicher Verhandlungen des Senats bis in die neueste Zeit erfreulicherweise bezeugt, auf die Majorität dieses Theiles der Legislative, wie es scheint, vollständig verlassen. Er faßte diesen Beschluß der radikalen Kammermajorität als eine neue und direct gegen seine Person und Stellung gerichtete Kriegserklärung auf, welche ihm, wie er sich bei dem jüngsten Empfange im Elysée äußerte, die Ehrenpflicht auferlege, die zuletzt bewiesene Versöhnlichkeit abzustreifen und die frühere Politik des Widerstandes wieder aufzunehmen. Jedes Zugeständniß gegen diese radikale Majorität käme einer Capitulation gleich.

Die Haltung der Budget-Commission, welche am 27. November die „Ungefestigkeit“ der seit 16. Mai d. J. eröffneten Nachtragscredite im Betrage von ca. 18 Millionen Francs aussprach und demnächst über die vom Marschall-Präsidenten neuerdings verlangte ausschließliche Dotirung der directen Steuern pro 1878 zu entscheiden hat, wird letzterem wohl in Bälde Gelegenheit geben, diese wiederaufgenommene Widerstandspolitik zu energischem, hoffen wir, erfolgreichem Ausdruck zu bringen.

England. Bei dem Empfange einer Deputation, welche eine Denkschrift zu Gunsten der britischen Intervention im Orient überreichte, erklärte am 28. Nov. der Minister des Aeußern, Lord Derby, die englische Regierung, welche seit Mai 1876 dieselbe Politik verfolgte, sehe keinen Grund, von der bisher beobachteten bedingten Neutralität abzuweichen, denn das durch die Ereignisse in Armenien bedrohte Euphrat-Thal habe als Verbindungslinie mit Indien nicht mehr die frühere Wichtigkeit für England, seitdem der Suez-Canal einen allen Zwecken entsprechenden, genügenden Wasserweg dahin eröffnet habe. Dieser Canal sei aber auch jetzt noch keineswegs gefährdet.

Nachdem Lord Derby der geäußerten Ansicht der Deputation, als ob Oesterreich-Ungarn irgendwie intervenirend zu handeln bereit sei, falls die britische Regierung letztere dazu ermuthige, jedwede Berechtigung abgesprochen, erklärte er bezüglich Constan tinopels, welches nicht in unmittelbarer Gefahr sei, daß England ohne Zustimmung der Pforte nicht eine Flotte nach Constantinopel senden könne, und die Pforte dürfte wahrscheinlich diese Zustimmung von Bedingungen abhängig machen, welche mit der Neutralität unvereinbar seien. Hinsichtlich Constantinopels halte die Regierung ganz stricte an den Ansichten fest, welche beim Beginne des Krieges Rußland in möglichst diplomatischen Ausdrücken zur Kenntniß gebracht worden, nämlich, daß England nicht gestatten könne, daß Constantinopel in andere Hände übergehe.

Die italienische Deputirtenkammer nahm am 28. November jenen Theil des neuen Strafgesetzbuches mit großer Majorität an, in welchem die Strafarten festgesetzt werden. Unter diesen erscheint die Todesstrafe nicht mehr.

Gleichzeitig wurde mit der bekannten italienischen Bescheidenheit an die Regierung das Ansuchen gestellt, bei den mit fremden Staaten abzuschließenden Cartellverträgen eine Clausel aufzunehmen, wonach zur Todesstrafe verurtheilte Individuen von der Auslieferung ausgeschlossen sein sollen.

Serbien's Wiedereintritt in die Action gegen seinen bisherigen Souverän scheint nunmehr endlich definitiv für die allernächste Zeit beschlossen zu sein. Die Abreise des Fürsten Milan zur Armee soll am 7. d., die Proclamation der Unabhängigkeit Serbiens am 12. Dez., als dem griechischen Andreas-Tage, erfolgen. Bis zu diesem Termine soll die ganze, inzwischen wohl ausgerüstete Armee sammt der Nationalmiliz an den Grenzen concentrirt sein.

In **Rumänien** eröffnete am 27. November Ministerpräsident Bratianu, im Namen des noch mit der Armee im Feindenslande befindlichen Fürsten, die Kammeression mit einer sehr beifällig aufgenommenen Thronrede, in welcher auf die von den Kammern im April dieses Jahres proclamirte Unabhängigkeit Rumänien's hingewiesen wurde, deren Vertheidigung den Donau-Übergang der rumänischen Armee nothwendig machte. Letztere habe seitdem die Ruhmestaupe durch von Freund und Feind anerkannte glänzende Waffenthaten erhalten.

Der Fürst hege den festen Glauben, daß die Garantiemächte Rumänien als ein Land von wirklicher Lebenskraft erkannt haben, weshalb die Zeit fremder Vormundschaft und Vasallenschaft für Rumänien vorüber sei.

In den **Vereinigten Staaten Nordamerika's** wird, einem jüngsten Beschlusse des Repräsentantenhauses gemäß, am 1. Januar 1879 die definitive Wiederaufnahme der Baarzahlungen erfolgen.

Der Zollkrieg.

Der deutsche Reichskanzler hat den sehr begreiflichen Wunsch, den mit dem Prädikat „billig und schlecht“ characterisirten Producten der deutschen Industrie den österr.-ungarischen Markt zu eröffnen, der hiesigen Gewerbsthätigkeit natürlich zum merklichen Abbruche. Da nun an letztere, unter dem Segen des allseitig liberalen Regiments und unter dem Zwange, bis an die Zähne gerüstet dazustehen, so lange das annectionslustige Preußen 1 1/2 Millionen Soldaten parat hat — da nun an die Gewerbsthätigkeit der habsburgischen Monarchie stets steigende Steueransprüche gemacht werden, so liegt es gleichfalls nahe, daß ein gewisser Zollschutz derselben nicht ganz versagt werden kann. Hiergegen remonstrirt Bismarck, bricht die Zollverhandlungen brüskte ab, droht mit Resortionszöllen und läßt durch seine Reptilien offen den Zollkrieg erklären. Um an der wirksamsten Stelle seinen Hebel anzusetzen, stellt der Kanzler des „befreundeten“ Deutschland die Einführung von Kornzöllen gegen uns in Aussicht, wohl wissend, daß er durch solche Drohung am ersten in Ungarn Besorgnisse zu erwecken im Stande sein werde.

Es ist der Mühe werth, sich die Sache etwas näher anzusehen, und zwar nach zwei Seiten hin: 1) ob der Drohende selbst in der Lage ist, seine Drohung zur Ausführung zu bringen, und 2) ob die effective Ausführung der Drohung dem Bedrohten zu schaden vermag.

Ad 1) würden wir von vornherein sagen, daß die Klinte, mit welcher Bismarck uns schrecken will, gar nicht geladen, daß er gar nicht im Stande sei, die Drohung auszuführen, wenn wir nicht wüßten, daß der Kanzler ganz der Mann ist, um politischer Interessen willen die wichtigeren volkswirtschaftlichen des eigenen Reiches hintanzusetzen; denn neben dem Wunsche, der discreditirten deutschen Industrie Absatz zu verschaffen, treibt ihn das politische Interesse, in Oesterreich-Ungarn politischen Zwist und Hader auszusäen. Denn es liegt auf flacher Hand, daß die Industrie Deutschlands eine Vertheuerung der Rohproducte in keiner Weise vertragen kann, namentlich nicht die Vertheuerung der Lebensmittel. Sie kann sich nicht der Gefahr aussetzen, von der Devisen, unter welcher

sie jetzt arbeitet: „billig und schlecht“, das erste Prädikat sich rauben zu lassen, denn wenn sie „theuer und schlecht“ producirt, so würden auch die stärksten Zwangsmaßregeln des Kanzlers gegen auswärtige Mächte ihr nicht zu Absatz verhelfen können.

Da aber — wie gesagt — politische Motive bei dem uns in Aussicht gestellten Zollkriege bei Bismarck mitspielen, so halten wir es für möglich, daß er seine Drohung in der That zur Ausführung bringt, auf die Gefahr hin, daß in Deutschland die Getreidepreise empfindlich steigen. Er würde dadurch die Partei der dortigen Agrarier noch inniger an sich fetten, obschon das kaum nöthig sein dürfte, da dieselbe bereits vollständig auf den Namen Bismarck schwört. Sie ist nämlich uneinsichtig genug, zu wähnen, daß es möglich sei, die Agri-cultur einseitig, auf Kosten der anderen producirenden Stände zu begünstigen.

Wenn nun der Kanzler wirklich seine Drohung der Kornzölle zur Ausführung bringt, so bleibt die zweite Frage zu beantworten: kann er die habsburgische Monarchie, kann er namentlich den ungarischen Ackerbau durch die in Aussicht gestellten Kornzölle wirklich schädigen?

Der Antwort hierauf hat noch die Frage voranzugehen: ob wir annehmen dürfen, der Kornzoll werde als ein nur gegen uns gerichteter Differenzialzoll gedacht, oder werde von allem über die deutsche Grenze gebrachten Getreide erhoben. Im ersteren Falle wären wir allerdings durch die Concurrenz des russischen Kornes von dem deutschen Markte ausgeschlossen; im zweiten Falle aber participirten wir nur an dem Nachtheile, den fortan alles nichtdeutsche Getreide gegen das deutsche zu bestehen hätte. Es würden dadurch aber die Preise in Deutschland sofort allgemein um den Betrag der Steuer in die Höhe gehen, so daß wir kaum einen Nachtheil von der angedrohten Maßregel spüren würden.

Wir halten es nun für wenig wahrscheinlich, daß Bismarck — wie mächtig und rücksichtslos er auch sein mag — es durchsetzen würde, einen Differenzialzoll auf das Getreide österr.-ungarischer Probenienz zu legen, das russische zollfrei eingehen zu lassen, das unsrige mit Zoll zu belegen. Denn Rußland hat, um seine neugeschaffene Industrie zu heben, Zölle eingeführt, die nahezu schon Prohibitivzölle genannt werden können und läßt überdies die Grenzbewachung in einer so eminent lästigen und harten Weise auch gegen Preußen ausüben, daß eine Bevorzugung russischen Kornes gegen irgend einen anderen der Anwohner der langgestreckten russisch-preussischen Grenze geradezu als eine unerträgliche Monstrosität erscheinen müßte. Es würde da an kräftiger und einflußreicher Einsprache nicht fehlen.

Nehmen wir jedoch das Aeußerste als Thatsache an, nehmen wir an, unsere Cerealien würden total vom Import nach Deutschland ausgeschlossen, so kann selbst dieser gegen uns geführte Schlag uns in dem einen Falle niemals ernstlich verwunden, wenn wir an dem einen Prinzip festhalten, welches überhaupt alle Schritte der beiden Hälften unseres Reiches regeln muß, an gegenseitigem Zusammenhalten. Gelingt es Bismarck freilich, einen Keil in dieses Zusammenhalten hineinzutreiben, so ist es ihm ein Leichtes, Eis und Trans nach seiner Willkür zu mißbrauchen und auszubenten.

Setzen wir dagegen die verständige Eintracht bei den Reichshälften voraus, setzen wir voraus, daß in denselben so viel staatsmännische und volkswirtschaftliche Klugheit herrscht, daß sie sich nicht durch den äußeren Feind gegeneinander verheizen lassen, sondern sich als solidarisches zu einem wirtschaftlichen Körper verbunden betrachten, was ja durch den staatsrechtlichen Dualismus im mindesten nicht ausgeschlossen ist!

Zahlen beweisen, lassen wir sie daher reden.

Nach den neuesten statistischen Zusammenstellungen über die gesammte Handelsbewegung in Oesterreich-Ungarn fand im Jahre 1874 — neuere waren noch nicht zugänglich — folgendes Verhältniß zwischen der Cerealien-Ausfuhr und Einfuhr statt:

Tabelle A.

Ausfuhr: Getreide: 9.300.000 Zentner, Werth: 45 1/2 Mill. fl.; davon sind nach Deutschland ausgeführt für 8.670.000 fl.
" Mehl: 1.149.000 Ztr., Werth: 16.300.000 fl., nach Deutschland 447.000 Ztr.
Einfuhr: Getreide: 15.000.000 Zentner, Werth: 70.800.000 fl.; davon aus Deutschland 2.000.000 Ztr.
" Rußland . . . 5.300.000 "
" der Wallachei 2.100.000 "
" der Türkei 2.400.000 "
" Mehl: 1.149.000 Ztr., Werth: 12.600.000 fl.; davon aus Deutschland 1.000.000 Ztr.

Wir sehen aus dieser Zusammenstellung, daß die Monarchie im Jahre 1874 mehr Cerealien und Mehl zusammen eingeführt hat, wie ausgeführt, und daß namentlich die Mehleinfuhr aus Deutschland die Ausfuhr dorthin um mehr wie das Doppelte übersteigt. Dies aus Deutschland eingeführte Mehl geht in diejenigen Gegenden der Monarchie, welche durch ihre Lage darauf hingewiesen sind, von den angrenzenden deutschen Ländern die Cerealien zu beziehen, so lange dies zollfrei geschehen kann und so lange sie keine Eisenbahnverbindungen haben, um sich aus dem Inlande billig zu approvisioniren.

Ein Nachweis der Ein- und Ausfuhr der letzten 10 Jahre stellt die Sache noch klarer:

Tabelle B.

	Getreide und Hülsenfrüchte.		Mehl.	
	Werth in Millionen Gulden.			
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1866	5,7	25,1	2,1	10,7
1867	5,9	61,4	2,1	17,3
1868	6,5	78,0	2,3	22,5
1868	6,2	49,6	2,9	26,2
1870	8,5	27,8	3,3	23,7
1871	10,6	40,0	3,1	28,5
1872	23,3	14,9	4,8	11,4
1873	35,0	16,7	9,9	6,9
1874	44,1	22,7	9,3	10,1
1875	12,1	33,3	7,4	13,5
Summa	157,9	369,5	47,2	170,8
	47,2	170,8	Mehl	
Summa	205,1	540,3	Sa. der Cereal.-Ausf. ab 205,1 Einfuhr	
	+ 335, 200.000 fl. bleiben zu Gunsten unserer Handels-Bilanz.			

Wir sehen hieraus, daß der Ueberschuß der Cerealien-Ausfuhr über die Einfuhr in 10 Jahren nur 335.200.000 fl. betragen hat, jährlich im Durchschnitt nur ca. 33 1/2 Millionen. Ein Betrag, der bei einer nur einigermaßen blühenden Industrie in der Monarchie selbst ohne Schwierigkeit untergebracht werden kann, wenn man die Quantitäten abrechnet, welche nach der Schweiz, Italien und Frankreich abgehen und von den Bismarck'schen Zollmaßregeln nicht betroffen werden. Dies um so mehr, wenn, nach Einführung eines deutschen Kornzoll gegen uns, auch unsererseits das deutsche Korn und Mehl mit Einfuhrzöllen belegt werden wird, was ja selbstverständlich geschehen müßte. Es werden dann jene unserer Grenzländer, wie Tirol, Vorarlberg und Salzburg, die nicht genug Cerealien für ihren Bedarf erzeugen und die Ergänzung daher aus Baiern und Württemberg beziehen, sich fortan an den inländischen Markt wenden. Sie sind — Vorarlberg ausgenommen — aber auch in der Lage, dies sehr gut zu können, da sie durch die zwei neugebauten Eisenbahnlinien durch Kärnten und Salzburg in eine directe Verbindung mit Ungarn gesetzt worden sind.

Es liegt hiernach im unmittelbarsten Interesse Ungarns, dahin mitzuwirken, daß durch angemessene Schutzzölle die industriellen Gegenden der Monarchie productionsfähig und damit auch consumptionsfähig gemacht werden für das in Ungarn zu producirende Getreide. Die westlichen Länder der Monarchie werden für die ung. Landwirtschaft stets die besten und sichersten Abnehmer sein, wenn Ungarn sich nicht durch auswärtige Einflüsterungen und Aufreizungen bestimmen läßt, sich einer abstracten Frei-

handelstheorie zu Liebe zum Verbündeten concurrirender Industrien herzugeben.

Wenn nun gar die Einfuhrzölle an den Grenzen der Gesamt-Monarchie für die gemeinsamen Bedürfnisse bestimmt werden; wenn ferner nachweislich die nichtungarischen Länder weit überwiegend diese Einfuhrzölle entrichten, da hieße es in der That das eigene Interesse schlecht erkennen, wenn Ungarn den Schutz der Gesamt-Industrie nicht als seinen eigenen Vortheil erkennen wollte.

Frankreich.

Das französische Volk ist allerdings unberechenbar; die Lebhaftigkeit seines Charakters reißt es nicht selten zu ganz undorhergesehenen Handlungen hin und zu solchen, die kurz zuvor seiner Absicht völlig fern lagen.

Dies vorausgeschickt, können wir heute dem Marschall Mac Mahon den Sieg über Gambetta voraussagen, wenn er, seinem Versprechen treu, eine energische und feste Haltung einzunehmen fortfährt, und wenn er, was kaum zu bezweifeln, der Armee vollkommen sicher ist.

Die Gambettisten haben sich durch ihr Verhalten gegen das neue Ministerium für die Auflösung der Kammer reif erklärt und nach aller Wahrscheinlichkeit wird dieselbe auch demnächst wieder ausgesprochen werden.

Eine Schwierigkeit dagegen liegt in der gesetzlichen Nothwendigkeit, daß das Budget bewilligt werde, denn in Frankreich ist es gesetzlich nicht möglich, daß eine Regierung die Position einnehme, auf welche seiner Zeit Bismarck sich stellte, da das Abgeordnetenhaus des preussischen Landtages ihm die Mittel zur Armeereorganisation verweigerte. Man behauptete damals, daß zur Budgetverweigerung beide parlamentarischen Körper zustimmen müßten. In anderen ähnlichen Fällen hat man sich damit zu helfen gesucht, daß man die normalen Staatsbedürfnisse als ein für alle Male bewilligt betrachtete und nur zu einer Vermehrung der Ausgaben die Bewilligung der Volksvertretung für unerlässlich erachtete. In England, dem vermeintlichen Stammlande unseres Parlamentarismus, besteht bekanntlich eine solche Trennung des Budgets in ein festes, welches ein für alle Mal erscheint, und in ein veränderliches, für welches die Deckung alljährlich bewilligt werden muß. In das erstere sind die dauernden Verpflichtungen des Reiches aufgenommen, Zinsen der Staatsschulden, Gehalte für den öffentlichen Verwaltungsdienst u. dgl.; in dem anderen figuriren feltamer Weise auch die Kosten der Ausgaben für Heer und Flotte.

In Frankreich dagegen existirt auch nicht einmal diese Scheidung. Dort wird das Budget jährlich in der Form eines Gesetzes festgestellt, welches nicht legal zu Stande gekommen sein würde, wenn nicht alle drei Factoren der Gesetzgebung darin übereingestimmt hätten. Seit den Tagen der großen Revolution hat sich dort diese Anschauung erhalten und es gibt keine gesetzliche Möglichkeit, über sie hinwegzukommen.

Indessen hat dieser Umstand bekanntlich noch keine politische Macht gehindert, ihren Willen durchzusetzen, und die zahlreichen Umwälzungen, die jenes Land auszustehen hatte, sind durch jene Anschauung nicht gehemmt worden. Im Gegentheil: der Mangel an stabiler Ordnung, welcher durch dieselbe ausgedrückt ist, trieb zur Corruption, zur Revolution und zu Staatsstreichen. Denn die Verweigerung des Budgets ist gleichbedeutend mit Auflösung des Staates oder mit dem Absolutismus der zweiten Kammer. Ein kräftiges Staatsoberhaupt nun wird sich in seinem Gewissen und in seiner Ehre verpflichtet fühlen, eine Auflösung, einen Mord des ihm anvertrauten Staates ebenso wenig zuzugeben, wie die absolute Herrschaft des einen der drei gesetzlichen Factoren. Es wird daher in einem solchen äußersten Falle sich gezwungen sehen, ungesetzlich die Staatsbedürfnisse zu decken; das natürliche Gesetz der Selbsterhaltung des Staates wird den Sieg über ein gemißbrauchtes geschriebenes Gesetz davon tragen.

Wie Hermann Wagener sehr richtig hervorhebt, ist die Institution der Budgetbewilligung eine der Hauptlosungen, ja vielleicht die oberste Lösung der liberal-constitutionellen Partei, und zwar in dem Sinne, daß der gesammte Staatshaushalt in allen seinen Einnahmen und Ausgaben jährlich, oder in etwas weiteren Perioden, von der Bewilligung und Verweigerung der Kammern, insonderheit der zweiten Kammer abhängt. Denn dadurch wird die Volksvertretung zunächst und unmittelbar unumschränkter Herr über den Staatshaushalt; sie kann streichen und festsetzen, die Hilfsquellen des Landes für den oder jenen Zweck verwenden, ohne daß ihr entgegengetreten werden kann, weil jeder ihrer Beschlüsse ein Theil des ganzen Budgets ist, das unmöglich abgelehnt werden kann. Sodann aber wird sie dadurch mittelbar Herr auch über die gesammte Staatsregierung. Denn bei irgend einem Widerstande des Staatsoberhauptes gegen ihre Forderungen hat sie die ausschlaggebende, zwingende Gewalt über dasselbe, indem sie den Staatshaushalt verweigert, die Staatsmaschine stille stehen macht. So bestimmt sie allein und in unwiderstehlicher Weise die Wahl der Minister und das System der Regierung, und müssen die Minister ihrem Willen, nicht dem des Staatsoberhauptes folgen und ihr Amt niederlegen, falls sie ihren Beifall nicht mehr haben. Das Recht der Budgetverweigerung ist der Nerv der parlamentarischen Regierung, d. h. des Grundsatzes, daß das Staatsoberhaupt bloß herrscht, aber nicht regiert, mit anderen Worten, daß es bloß die Obrigkeit repräsentirt, aber die parlamentarischen Majoritäten, beziehungsweise deren Wähler die Obrigkeit sind. Dieses Recht der Budgetverweigerung wird in dieser Bedeutung für eine Forderung der Vernunft und der Freiheit ausgegeben, indem man es als ein Vernunftgebot betrachtet, daß kein Mensch über den anderen Herrschaft haben kann, außer durch dessen Zustimmung, und daß die Gesamtmasse, durch deren Willen und Vertrag der Staat gegründet wird, auch unveräußerlich die Gewalt im Staate haben müsse.

Man stellt es dar, als habe es schon den alten deutschen Ständen zugestanden, indem man das Recht dieser Stände, einzelne Steuern zu bewilligen oder zu verweigern, das sich gar nicht auf die übrigen fürstlichen Einnahmen und die hergebrachten Steuern, und nicht auf Feststellung der Ausgaben erstreckte, und bei denen man immer noch nothwendige (unverweigerliche) und freiwillige Steuern unterschied, für ein und dasselbe ausgibt, mit diesem Rechte den ganzen Staatshaushalt zu bewilligen und zu verweigern. Man stellt es dar, als bestehe in England solche jährliche Bewilligung und Verweigerung des gesammten Staatshaushaltes, indem man ignoriert, daß dort ein weites Bereich von gesetzlichen Steuern und gesetzlichen Ausgaben besteht, welches von der Bewilligung ausgenommen ist. — Vollends aber wird dieses Recht für eine Forderung der constitutionellen Monarchie ausgegeben; man setzt geradezu den Begriff der constitutionellen Monarchie (den man für Eins nimmt mit parlamentarischer Regierung) hinein, daß die Kammer mittels der jährlichen Budgetverweigerung Herr sei, Minister- und Regierungssystem zu bestimmen. In Wahrheit aber ist dieses Recht nicht in der Vernunft, nicht in der Geschichte, nicht im Wesen der constitutionellen Monarchie gegründet. Es ist keine Forderung der Vernunft und der Freiheit, daß die Menschen (das Volk) keiner Obrigkeit, sondern nur sich selbst und ihrem Willen gehorchen; im Gegentheil, es ist die ewige Ordnung und Vernunft, daß Obrigkeit über den Menschen sei, die aus eigenem Ansehen und nach ihrem Gewissen und Verstand, wenn auch unter gesetzlichen Schranken und nach gesetzlichen Normen, regiere. Es ist ferner dieses Recht nirgends geschichtlich und naturwüchsig aus inneren Gründen entstanden, außer in England, wo es eine Folge gerade nicht normaler Vorgänge und Zustände, nämlich der beiden Revolutionen und der Erstarkung der kirchlichen und politischen Parteiverbindungen ist. Ueberall anderwärts ist es nur aus Doctrin und Empörung für Doctrinen entstanden. Es

ist dieses Recht nicht das Wesen der constitutionellen Monarchie, d. i. der verfassungsmäßig geordneten Monarchie, sondern vielmehr die Aufhebung aller Monarchie. Wo es besteht, hat überall die königliche Macht aufgehört, ist das Königthum zu bloßem Schein geworden.

Falls nun die Majorität der Kammer gegen den Willen Mac Mahon's und der Majorität des Senates sich weigern wird, das Budget zu bewilligen, so bleibt dem Marschall nichts anderes übrig, wie die Kammer nochmals aufzulösen und zur Deckung der nothwendigen Staatsbedürfnisse die Steuern provisorisch weiter zu erheben. Dies wäre die beste Gelegenheit für die Linke, zur Revolution zu greifen, und zweifelsohne würde dies bis vor sieben Jahren oder wenigstens bis vor Napoleons III. Regierung jedenfalls geschehen sein. Auch heute brennen die Bourgeois vom Gefolge Gambetta's vor Begierde, die Barrikaden errichten zu sehen. Aber sie selbst, so geübt sie auch sind, das Volk zur Revolution aufzureizen, es durch Reden und Schreiben dazu anzustacheln: sie selbst haben eine ausgesprochene Aversion, Barrikaden zu bauen und zu vertheidigen. Alle Versuche, die Arbeiter zu einer Bewegung zu veranlassen, begegnen einer eisigen, ablehnenden Kälte. Nicht, daß die sozialistischen Arbeiter — und socialistisch sind sie in Frankreich beinahe alle — eine Abneigung hätten, die Waffen gegen die Regierung zu ergreifen; aber sie sind entschlossen, es nicht wieder im Interesse der Bourgeois zu thun, sondern in ihrem eigenen, und um sofort die Commune zu proklamiren. Die Arbeiter sind vollständig organisiert und folgen militärisch gehorjam ihren Führern. In den letzten Tagen erst hat die „Commission de la Fédération Française de l'Association Internationale des Travailleurs“ durch ihren Secretär, den bekannten Communard Pindy, wieder ein Manifest erlassen, welches mit folgenden bemerkenswerthen Worten schließt: „Ihr seht nun, Bürger, wie die Bourgeois-Parteien unter einander getrennt sind durch untergeordnete und rein politische Fragen, während uns von ihnen allen die Eine Frage trennt, welche alle übrigen beherrscht und rein wirtschaftlich ist: die Frage der Eigenthumsform. Es ist daher nur logisch, daß gegenüber dem Proletariat, welches sich unter der rothen Fahne der Internationale organisiert hat, alle Bourgeois-Parteien nur eine einzige und gleichmäßige reactionäre Masse bilden.“

Dieses rückhaltlose Bekenntniß der Internationale dürfte genügen, um den Gambettisten jede Hoffnung zu rauben, daß die Arbeiter ihnen auch diesmal wieder die Kastanien aus dem Feuer holen werden. Zugleich aber wird es sie warnen, dazu mitzuwirken, daß jene furchtbare Gewalt, die sich gegen sie, wie gegen Mac Mahon organisiert hat, entseßelt werde.

Katholicismus und Socialismus.

Das ernstkatholische Journal „La Liberté“ brachte in seiner Nummer 274 einen sehr beachtenswerthen Artikel über das Thema, welches wir als Titel dieser Zeilen gewählt haben. Da jenes Journal kaum einem unserer Leser zugänglich sein dürfte, so wird es denselben nicht unwillkommen sein, wenn wir ihnen jenen Artikel deutsch wiedergeben und einige Bemerkungen an ihn knüpfen, wo wir glauben, daß der Gegenstand nicht in seiner ganzen Tiefe und nach seinem ganzen Umfange gewürdigt ist.

Das treffliche Blatt sagt: Die menschliche Gesellschaft schwankt zwischen dem Katholicismus und dem Socialismus und berührt beide.

Der Genter Congreß und die Erklärungen der Socialisten haben uns darüber aufgeklärt, was die Socialisten wollen.

Was sie anstreben, ist der Untergang der Gesellschaft im Namen des gesellschaftlichen Glückes, wie der Liberalismus der Untergang der Freiheit ist im Namen der Freiheit selbst.

Es gibt Leute, die sich noch darüber täuschen. Weil sie hören, daß in den socialistischen Congressen Wahnsinn gepredigt wird; weil sie sehen, daß man dort unerfüllbare Utopien verkündet, so glauben sie, daß der Socialismus ein eitles Phantom sei. Wahrlich, ein bellagenswerther

Irrthum, sehr geeignet, die Gefahr zu steigern! — Zweifelsohne ist der Socialismus nicht realisierbar; aber seit der Katholicismus seinen Einfluß auf die Massen eingebüßt hat, gibt es Millionen von Menschen, die entschlossen sind, ihn zu realisiren; die keinen anderen Weg kennen, um ein Glück zu erreichen, das sie nicht im Jenseits suchen. Und um dieses Glück zu erreichen, zeigen sie sich bereit zu den gehässigsten, zu den blutigsten Exzessen. Die Tage der Commune sind noch nicht lange verfloßen; die immer intensiver werdenden Drohungen mit dem socialen Kriege beweisen, daß die Stunde des Kampfes herannaht.

Während die Bourgeois-Parteien — so sagt das „Bien public“ von Gent — sich um die politische Macht streiten und die Radicale aus allen Tonarten schreien: „der Clericalismus, das ist unser Feind!“ sind die Socialisten beschäftigt, sich zu zählen, sich zu organisiren; sie vermehren ihre Heerhaufen, ihre Versammlungen, die Anregungen durch ihre Presse, die wilden Rufe, welche die Erwartung des nahe bevorstehenden Ausbruches aufdecken.

Es ist der Gipfel des Wahnsinns, die Augen vor diesen Zeichen der Zeit zu verschließen! Allerdings liegt diese erbärmliche und alberne Sorglosigkeit der socialen Frage gegenüber in den Traditionen des Liberalismus.

Der Liberalismus — und das ist sein Grundirrtum, sagt Donato Cortes — hält nur die Frage um die politische Herrschaft für wichtig, — verglichen mit den socialen und religiösen Fragen aber hat sie gar keine Wichtigkeit. Dies ist der Grund, weshalb der Liberalismus überall und immer bei Seite geschoben wird, so wie die Katholiken und die Socialisten auf der Scene erscheinen, ihre großen Streitfragen enthüllend, und der Welt die Wahl stellen, sich für die einen oder die anderen zu entscheiden.

Alle Palliativ- und Hilfsmittel der liberalen Politik sind für nichts, alle Combinationen der Nationalökonomie stellen sich als Fehlgeburten heraus: die Stunde der Entscheidung hat geschlagen.

Ich sage es ohne Umschweife — schrieb Balmes schon im Jahre 1842 —: wenn man die Grundsätze der Moral verbannt, wenn man die dem Eigenthume gebührende Achtung nur auf das Interesse gründet, so sind die Worte, die man an die Armen richtet, lauter Heuchelei: es ist nicht wahr, daß sein Privatinteresse mit dem Interesse des Reichthums verträglich sei!

Welches Heilmittel gibt es aber für die Wunden der Gesellschaft? Das Christenthum!

Aber wer wüßte es nicht, daß das Christenthum nicht eine bloße Theorie ist, ein abstractes System: es ist eine That, ein lebendiges Gesetz, welches sich des ganzen Menschen bemächtigt, um sein gesamtes Leben zu ordnen; ein Gesetz, welches auch die Gesellschaft durchdringt, um sie zu erleuchten. Die Ideen des Christenthums sind die Grundlage der Civilisation. Und diese Thatsache ergibt sich unmittelbar aus der Natur des Menschen und der Gesellschaft. Beide haben Pflichten gegen die Wahrheit und insoweit sie diese Pflichten vernachlässigen, oder insoweit sie dieselben erfüllen, in demselben Maße sinken oder steigen sie auf der Stufenleiter der moralischen Ordnung; in demselben Maße verfallen sie in Sünde oder erheben sich zur Heiligung. Erfüllt von diesem großen Gedanken sprach P. Gratny das erhabene Wort aus: Seit 1789 befindet die Gesellschaft sich im Zustande der Tod-sünde!

Nun denn: Angesichts der Gefahr, welche diese verderbte und unbußfertige Gesellschaft bedroht; auf der Schwelle einer von furchtbaren Stürmen durchtobten Zukunft, während die Ursache des Uebels offen vor Augen liegt: rufen uns da nicht die Vernunft, die Klugheit, die Vorsicht, die Logik der Ereignisse selbst mit lauter Stimme zu, daß wir zu dem einzigen Heilmittel unsere Zuflucht nehmen, welches wirkungsvoll, erprobt, der Schwere und der Ausdehnung der Wunde angemessen ist?

Dies Heilmittel ist der Katholicismus, und wir bestreiten, daß die Wissenschaft, die Philo-

sophie, die Politik und ein anderes Heilmittel zu bieten vermag, welches mit jenem auch nur verglichen werden könnte. Das Christenthum allein berührt die Revolution nicht bloß in ihren äußeren Erscheinungen, sondern in ihrem wirklichen Sitze: d. h. in der Tiefe der menschlichen Seele. Die Socialisten wissen dies sehr gut und deshalb bewahren sie für den Katholicismus ihre auferlesensten Invectiven auf. Man hat beim Genter Congresse das Wort gehört: „Die Liberalen können sich beugen und wir werden sie beugen, — die Priester aber beugen sich niemals!“

Ob wir unser Einverständnis mit dieser Auseinandersetzung der „Liberté“ darlegen, müssen wir zuvor einige Unklarheiten aufdecken, welche sich in derselben finden. Haben wir vor Allem die richtige Bezeichnung dort eingeschoben, wo sich eine ungenaue und leicht zu Irthümern verleitende findet, so werden wir uns um so fester auf der gemeinsamen Basis stellen können.

Die „Liberté“ meint, daß die Socialisten — und es sind die materialistischen, von denen sie redet — den „Untergang der Gesellschaft“ anstreben. Hier liegt eine Incorrectheit des Ausdrucks vor. Was die Internationalen und die Bakunisten beseitigen wollen und zwar durch Mittel, die unseren ganzen Abscheu provociren, das verdient keineswegs den Namen einer „Gesellschaft“ — es ist ein Chaos. Zum Begriffe einer Gesellschaft gehört das bewußte Streben für eine Gemeinschaft. Wenn aber Balmes schon 1842 hervorhebt, daß die modernen Doctrinen das egoistische Interesse als einziges belebendes Princip hinstellen, und wenn unbestreitbar seitdem die Praxis sich allgemein von diesem Principe in immer vollkommenerem Grade hat durchdringen lassen, so ist es schon damit bewiesen, daß kein einigendes, zu einer Gesellschaft verbindendes, sondern ein eminent trennendes, isolirendes Princip die Menschheit leitet. Das Bestreben der Socialisten aller Kategorien — von den rothen, revolutionären an bis zu den christlichen hin, wels' letztere als ihren eigentlichen Lehrer den Bischof Ketteler verehren und zahlreiche würdige Priester unter sich zählen, die, als auf ihre Autoritäten, sich auf die großen Theologen und Philosophen des Mittelalters berufen —, das Bestreben aller Socialisten geht ganz unlängbar dahin, daß aus dem bestehenden Chaos, aus der stabil gewordenen Unordnung, wieder eine wahre Gesellschaft geboren werde.

Wir verabscheuen den Weg, den die Internationalen, die Socialdemokraten, zu diesem Ziele einschlagen wollen, indem sie dahin arbeiten, alles social-wirtschaftliche Leben im Staate zu centralisiren, die Gesellschaft als eine Art Zwangsarbeitshaus zu constituiren; aber wir müssen gestehen, daß selbst diese, der menschlichen Freiheit tödtliche und deshalb absolut verwerfliche Form einer Gesellschaft, doch mit einer Gesellschaft größere Aehnlichkeit hat, wie der chaotische Zustand, in den uns das Lebensprincip des Liberalismus gebracht hat: das Princip des Egoismus der Individuen.

Das, was jetzt besteht, das liberale Chaos, nennt P. Gratny mit vollem Recht die „Gesellschaft im Zustande der Tod-sünde“; denn die Menschheit, welche nur durch das „Interesse“ in Bewegung gesetzt wird, wie das unsere leitenden Nationalökonomien und unsere vom Geiste des heidnischen römischen Rechtes beseelten Juristen als selbstverständlich predigen, rebellirt offen gegen den socialen Trieb, den Gott in unser Herz gegossen, und gegen die Grundprincipien des Christenthums. Und nur der Umstand, daß die Christenheit gegen diesen Zustand der Tod-sünde nicht längst energisch Front gemacht hat, ist Schuld, daß sich nun die, unter der Ausbeutung durch den Egoismus leidenden Massen gleichzeitig gegen den unchristlichen Egoismus und gegen das Christenthum verblendet erheben.

Die „Liberté“ nennt es Wahnsinn, was die Socialisten zu Gent gepredigt haben, und da die dort verkündeten Zukunftsideen mit verbrecherischem Christushasse versetzt sind, dies wie jedes Verbrechen aber Wahnsinn ist, so sind jene Pläne in der That Wahnsinn, aber sie sind das in keinem höheren Grade, wie die

„modernen Principien“, welche auf dem Mangel aller Gerechtigkeit und aller Liebe fußen und daher nicht minder den Christushaß und die frechste Verirrung der Wissenschaft geboren haben.

Vollständig und ganz unlängbar Recht hat nun „La Liberté“, indem sie das Christenthum als das alleinige Heilmittel der Gesellschaft gegen die Krankheit des Liberalismus, wie gegen die Krankheit des materialistischen Socialismus verkündete dasselbe Christenthum, welches in der Kraft seiner Entfaltung die verderbte alt-römische Gesellschaft und die rohen Barbaren der Völkerwanderung zu der von den edelsten socialen Ideen durchgeistigten Gesellschaftsordnung des Mittelalters zu erheben vermochte. Deshalb hat die heilende Kraft des Katholicismus sich vor Allem darin von Neuem zu erweisen, daß sie aus unserer volkswirtschaftlichen und juristischen Wissenschaft und aus unserer Praxis die verbrecherische Lehre von der Alleinherrschaft des Interesses verbannt. Ist dies gelungen, hat die christliche Gerechtigkeit erst wieder dort die ihr gebührende Stätte gefunden, so ist damit auch der Sieg gegen den atheistischen Socialismus gewonnen: er hat seinen Angriffspunkt verloren, seine geschichtliche Aufgabe erfüllt und wird der Vergeffenheit anheim fallen.

Lassen wir uns von den christlichen socialen Gedanken der großen kath. Theologen und Philosophen des Mittelalters durchdringen und wir sind gegen den falschen Socialismus gesichert, aber hüten wir uns sorgsam vor dem schwersten Fehler: vor dem, die jetzige liberale Unordnung als eine „göttliche Ordnung“ mit den Waffen der Religion vertheidigen zu wollen. Wir würden die liberale Unordnung nicht retten, das Christenthum aber auf lange hin discreditiren.

Original-Correspondenzen des „Recht.“

C. B. Rom, den 21. November 1877. Der hl. Vater empfing am Sonntage das Collegium von Groti-Ferrata, welches sich unter der Leitung der gelehrten Mönche des hl. Basilien in sehr blühendem Zustande befindet. Nach Verlesung einer sehr ehrfurchtsvollen Ergebenheits-Adresse des Collegiums geruhte der Papst Worte der Ermuthigung sowohl an die Lehrer als an die Schüler zu richten, und ertheilte allen Anwesenden den hl. apostolischen Segen. Tags darauf ertheilte Pius IX. der Herzogin von Hamilton, einer babilischen Prinzessin, Privat-Audienz, und gestern empfing er verschiedene Familien und mehrere Prälaten des Auslandes, an welche er verschiedene Ansprachen richtete. — Se. Eminenz der Cardinal Manning, Erzbischof von Westminster, wird für die nächsten Tage hier in Rom erwartet. — In Rom fanden vor einigen Tagen die Wahlen für den neuen Provinzial-Rath statt. Unter den 16 Candidaten, die für Rom gewählt wurden, gehören 9 den Katholiken und 7 den Buzzuri an. Ebenso erfreulich lauten die Nachrichten über die Wahlergebnisse aus den zur „Provinz Rom“ noch gehörenden Städten und Landgemeinden. Die Liberalissimi, welche sich untereinander so wie der Regierung Vorwürfe machen, daß sie durch ihre Uneinigkeit und Wankelmuthigkeit dieses Resultat der Wahlen veranlaßt hätten, sind in großer Aufregung, hauptsächlich auch darüber, daß unter den Gewählten sich u. A. die wegen ihrer eminenten katholischen Gesinnungen bekannten Coriphäen des römischen Adels befinden, nämlich Fürst Borghese, Fürst Buoncompagni, Herzog Cesarini, die Grafen Campello und Filippini. — Die „liberalen“ Zeitungen veröffentlichen jetzt tagtäglich Nachrichten über den „hoffnungslosen Zustand“ des Papstes: Nachrichten, die nur aus einfältigen Erfindungen resultiren.

C. B. Rom, den 24. November 1877. Dem Ministerium scheint es seit der Kammer-Eröffnung immer banger zu Muth zu werden. Die sogenannte Kammer-Majorität versammelt sich fast jeden Abend unter Vorsitz des Conseils-Präsidenten, der vorgestern Abends an eine solche Versammlung eine lange Rede gehalten hatte, in welcher er ihr viel Schönes versprach. Den Schluß derselben machte das auch von Minghetti so oft

wiederholte Versprechen der Herstellung des Gleichgewichtes des Budgets. Man will eben die ziemlich gelockerte Kammer-Majorität wieder compact machen. Ob es gelingen wird, steht abzuwarten. — Daß die „Clericalen“ bei den Provinzial-Wahlen die Majorität in Rom und Provinz erlangt haben, reizt die liberalen Blätter auf das Höchste. Sie erblicken darin ein großes Uebel. Die „Perseveranza“ macht diesen Sieg der jetzigen Regierung und vorzüglich der Präfectur zum Vorwurfe. Bei beiden sei man immer zu nachsichtig gegen den erbittertesten Feind des fortschrittlichen Italiens, gegen die clericale Partei. Der „Dovere“ ist namentlich wüthend darüber, daß die römische Aristokratie in die Provinzial-Administration eingetreten ist. Das Mazzinische Blatt möchte freilich nur Jacobiner-Wützen auf den Köpfen der Provinzial-Räthe sehen. „Weg mit allem Aristokratischen!“ ruft es in verblümter Weise aus; „die Administration muß man mit allen Mitteln aus den Händen der Aristokratie reißen und die römische (?) Demokratie soll als eine compacte Masse gegen diese Cadaver des Mittelalters auftreten!“ — In dieser und ähnlicher Weise schreien und weinen alle „liberalen“ Blätter. Ihr Haß gegen den Papst und die Kirche ist unversöhnlich. Sie würden Gott selbst absetzen wollen, wenn es ihnen möglich wäre. — Pius IX. verlieh dem greisen Baron Visconti das Großkreuz vom hl. Gregor dem Großen.

Vom Kriege.

In Bulgarien scheint der türkische Commandant der Hauptarmee, Suleiman Pascha, abermals die Offensive, und zwar ziemlich energisch, ergreifen zu wollen.

Seit dem erfolgreichen Ausfalle der russischen Besatzung am 19. November wurden nämlich, wie russischerseits aus dem Hauptquartier zu Bogot vom 27. November gemeldet wird, die Vorposten der Russen auf der ganzen östlichen Front, und zwar von der Donau bis zum Balkan, fast unausgesetzt durch türkische Reconnoiscirungen gestört.

Der heftigste Zusammenstoß geschah hiebei am 26. November, an welchem Tage eine forcirte Offensiv-Reconnoiscirung der Türken gegen den nördlichsten Theil der russischen Ostfront stattfand. Von Radikioj und von Kusstschuk aus wurden die Russen mit beträchtlichen Streitkräften sowohl bei Trstenik und Mecka als andererseits wieder, wie 8 Tage zuvor, bei Pyrgos angegriffen und anfänglich zurückgedrängt, bis die russischen Reserven in den Kampf eingriffen, worauf sich schließlich die Türken wieder zurückziehen mußten.

Ueber diese zweite Affaire bei Pyrgos schweigt man bisher noch im russischen Hauptquartier, während über die von Radikioj aus mit über 40 Bataillonen und starker Artillerie unternommene Offensiv der Türken folgendes officiell aus Bogot gemeldet wird: „Am 26. November, 9 Uhr Morgens, griffen die Türken mit großen Kräften unsere besetzten Positionen bei Trstenik und Mecka an. Nach sechsstündigem heißen Kampfe wiesen die Truppen des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch den Angriff glänzend zurück und verfolgten dann, selbst die Offensive ergreifend, den Feind bis zum Eintritte vollständiger Dunkelheit, ungeachtet des weitreichenden Feuers der türkischen Artillerie, welche den Rückzug deckte. Die Affaire war ernst und für das zwölfte Corps glorreich. Die Türken griffen äußerst hartnäckig an und näherten sich auf 100 Schritt unseren Batterien, erlitten daher große Verluste.“

Daß Suleiman Pascha angesichts der ungünstigen Jahreszeit sich, von den bereits bezogenen Winterquartieren aus, nochmals in diesem Jahre zur Ergreifung der Offensive und zwar gegen besetzte Positionen der Russen entschloß, zeugt dafür, daß man sich türkischerseits noch mit der Hoffnung trägt, durch einen allseitigen Angriff auf die russische Invasions-Armee in Bulgarien diese zu verhindern, mit allzusehr überlegenen Kräften Osman Pascha in Plewna eingeschlossen zu halten,

um letzterem dadurch wenigstens die Möglichkeit zu verschaffen, die feindliche Linie erfolgreich zu durchbrechen.

Andererseits sind jedoch die Russen jetzt ebenfalls nicht müßig, den zu diesem Zwecke von ihren Gegnern auszuführenden Operationen umsichtig zu begegnen. Die Colonnen im Sipla-Passe wurden in der letzten Zeit ebenso wie die dortigen Befestigungen abermals bedeutend verstärkt, so daß auch der daselbst an Stelle Neouf Pascha's jüngst zum Commandanten ernannten Achmed Gub Pascha wohl nicht allzu große Erfolge erzielen dürfte.

Was aber die angeblich schon längst im Anmarsche gegen Plewna begriffene große Hilfsarmee Mehmed Ali Pascha's betrifft, so scheint dieselbe vorerst noch absolut nicht in der Lage sich zu befinden, überhaupt offen sich gegen die Colonnen des Generals Gurko aufzutreten, welche letztere im Gegentheile in der Richtung gegen Sofia continuirlich wesentliche Fortschritte erzielen.

So wird russischerseits officiell gemeldet, daß am 23. November nach 49stündigen ununterbrochenen Kämpfen die stark besetzten Positionen der Türken bei Pravca und Tags darauf die besetzte Stadt Tropol von den Russen genommen wurde, wodurch die Türken, um sich nicht der Gefahr einer Umgehung aussetzen, gezwungen wurden, ihre ausgezeichneten Positionen bei Ordanieh zu räumen und sich zum Schutze von Sofia ganz auf die Defensiv zu beschränken.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz liegen keine neueren wichtigen Nachrichten vor.

Moukhtar Pascha sammelt noch immer westlich von Erzerum alle in Kleinasien verfügbaren Streitkräfte, um eine neue widerstandsfähige Armee zu schaffen und so den weiteren Vormarsch der Russen in westlicher Richtung, sowie nordwärts gegen Trapezunt zu verhindern, während andererseits letztere fortfahren, große Streitkräfte gegen Erzerum zu dirigiren, um diese Hauptstadt Armeniens in Bälde zu Fall zu bringen.

Der Gesamtverlust der Russen „vor dem Feinde“ in Asien und Europa beträgt laut officiellen Mittheilungen bis zum 9. Nov. an Todten und Verwundeten 71,705 Offiziere und Soldaten.

Die Montenegriner sind noch nicht im Besitze der von ihnen heftig beschossenen Stadt Antivari, zu deren Entsatz übrigens in den letzten Tagen eine türkische Escadre an der albanesischen Küste eintraf. Dagegen occupirten sie größere türkische Landstriche zwischen Antivari, der österreichischen Grenze und dem See von Scutari.

Aus dem Reichstage.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich im ganzen Verlaufe dieser Woche fast ausschließlich und unausgesetzt mit der Specialdebatte des Strafgesetzentwurfes, ohne damit bis heute (Freitag) zum Schluß zu gelangen.

Der Raum unseres Blattes gestattet uns nicht, eingehend über den Verlauf dieser großentheils sehr interessanten Debatte zu berichten.

Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, zu erwähnen, daß die beantragte Abschaffung der Todesstrafe, welche ohnehin nach dem Gesetzentwurfe des Staatssekretärs Csemeghi nur noch in 2 Fällen — bei dem mit Vorbedacht ausgeführten Mord und dem schwersten Falle des Hochverrathes (Mord und Todschlag an Sr. Majestät, auch bezüglich des bloßen Versuches) verhängt und künftig, anstatt durch den Strang, durch Guillotine vollzogen — werden soll, mit sehr großer Majorität abgelehnt wurde. Dasselbe war der Fall bezüglich eines Beschlusses des Abg. L. Mocsarj auf Umarbeitung — nach dem 1843er Gesetze — jenes Theiles der Vorlage, welche sich auf die sog. politischen Verbrechen bezieht, da die projectirte Bestrafung derselben zu streng sei. In der Begründung seines Antrages führt Redner aus, „Rönmord sei ein politisches Verbrechen, daher nicht mit Tod zu bestrafen; ebenso der verjuchte Mord und der vorjägliche Todschlag

des Königs. Durch die Bestimmungen des Strafgesetzes sei ferner die Pressfreiheit gefährdet; endlich sei auch der Schutz des gemeinsamen Verbandes der Monarchie nicht gerechtfertigt."

Sehr treffend wurde aber dem Antragsteller von Staatssecretär Csemegi nachgewiesen, daß der Entwurf vom Jahre 1843 hinsichtlich politischer Delicte viel strenger war. Der Königsmord sei kein politisches Verbrechen, denn der Mord sei unter allen Umständen ein gemeines, niedriges Verbrechen, umso mehr, wenn es an der Majestät verübt würde. Das Strafgesetz schütze das Territorium Oesterreichs und den Verband Ungarns mit Oesterreich, denn die Aufgabe des Strafgesetzes sei, das bestehende Recht zu schützen. Wenn der Dualismus die Aufrechthaltung des Territoriums Oesterreichs dermaßen schütze, daß Ungarn mit dem Blute seiner Söhne und mit seinem Gelde jeden Angriff darauf abzuwehren verpflichtet ist, warum sollte man diesem Verbande den strafgerichtlichen Schutz entziehen? Sehen wir den Fall, daß einzelne Individuen in Ungarn die Annexion der Bukovina an Rumänien anstreben. Muß Ungarn hierin nicht ein directes Attentat gegen sich und seine Interessen sehen und dieses Vorgehen strengstens bestrafen? Schon die 1848er Gesetzgebung schützte den damals bestandenen Verband, die heutige Gesetzgebung schütze die heute bestehenden Verhältnisse. — Betreffs der Aeußerung Mocsáry's, das neue Strafgesetz gefährde die Pressfreiheit, erklärte Ministerpräsident Tisza, diese zu beschränken, sei nicht die Absicht der Regierung. Die Pressfreiheit habe in Ungarn nur einen Feind, nämlich jene, welche, den edlen Beruf der Presse verkennend, ihre Gegner mit Roth bewerfen; gegen einen solchen Mißbrauch der Presse seien aber Vorkehrungen nothwendig.

Von dem im Hause eingebrachten Interpellationen ist jene des Abg. Selly erwähnenswerth, welcher, hindeutend auf die auf dem russisch-türkischen Kriegsschauplatz durch den Fall von Kars und die gefährdete Lage Pleona's eingetretene ungünstige Wendung für die Türken, den Ministerpräsidenten fragt, „ob er 1. die Zeit auch jetzt nicht für gekommen erachte, daß die Monarchie aus ihrer bisherigen Unthätigkeit heraustrete und mit einer ihrer großmächtigen Stellung würdigen und durch die Lage dringend gebotenen Aktion der schrankenlosen Ausbreitungsgier der russischen Macht Schranken setze?"

2. Wenn er eine solche Action aus welchem Grunde immer nicht für angezeigt erachte, ob er dann nicht mindestens die Zeit dafür gekommen halte, daß die Monarchie vermittelnd aufträte zwischen den kriegführenden Parteien, um einem Kriege ein Ende zu machen, der in seinem Endresultate in erster Reihe unser Vaterland und Oesterreich, in zweiter Reihe das europäische Gleichgewicht gefährde?"

3. Wenn aber die Regierung weder eine Aktion noch eine Mediation für angezeigt hält, ob dann die Regierung geneigt sei, behufs Zerstreung der fortwährend wachsenden Besorgnisse der Nation dem Abgeordnetenhaufe mitzutheilen, welche Stellung unser auswärtiges Amt den neuesten Gestaltungen der orientalischen Angelegenheiten und den aus denselben möglicherweise entstehenden, immer drohenden Gefahren gegenüber einnimmt?"

Eine Antwort wurde Seitens der Regierung dem Interpellanten bis heute (Freitag) noch nicht zu Theil.

Das Oberhaus acceptirte in seiner Sitzung vom 27. d. die Gegenwürfe bezüglich Rücklösung der verpfändeten Gyalu'er Kronherrschafft, sowie betreffs der Grenzbahnen, ohne an denselben Modificationen vorzunehmen, nachdem die Anträge des Baron v. Szirmai abgelehnt worden, daß Semlin als Ausgangspunkt der Linien Nitrovitz-Sissel genommen, ferner die Stadt Esseg anstatt Dalva als Anichlungspunkt nach Bistovec gesetzt werde.

Bei den vorgeschlagenen Ergänzungswahlen in die Delegation wurden, nachdem das bisherige Mitglied Ladisl. v. Szöghény-Marich seine Resignation auf diese Function zurückgenommen,

als Delegations-Ersatzmitglieder gewählt: Graf Géza Zichy und Bar. Géza Radványi.

Vermischte Nachrichten.

* (Se. Majestät der Kaiser und König) ertheilte in der letzten Zeit zu wiederholten Malen allgemeine Audienzen in der Burg zu Ofen. Am Dienstag empfing der Monarch 54 Personen, und begab sich dann Nachmittags nach Gödöllö zurück, wo seit einigen Wochen fast täglich Hofjagden abgehalten werden. Mit Beginn der kommenden Woche begibt sich Se. Majestät zu mehrtägigem Aufenthalt nach Wien.

* (Se. I. Hoheit Erzherzog Josef) erkreut sich gegenwärtig fortwährend der besten Gesundheit, so daß er in diesem Jahre nicht genöthigt ist, Alcsúth zu verlassen, um ein milderes Klima aufzusuchen.

* (Se. Eminenz der Cardinal Fürst-Primas v. Simor) ist am 24. d. in Budapest eingetroffen, wo er Tags darauf in Buda-Cörö die hl. Firmung spendete. Se. Eminenz machte bei dieser Anwesenheit in der Hauptstadt dem Budapester Altarvereine eine Spende von 200 fl.

* (In der Raaber bischöflichen Kapelle) fand am vorigen Donnerstag eine erhebende kirchliche Feier statt. Se. Excellenz der hochw. Bischof Jalka ertheilte nämlich den drei Söhnen des unlängst verstorbenen Papas Grafen Paul Esterházy unter Assistenz des Bischofs Zerpál und Domherrn Szabó das Sacrament der Firmung. Firmpaten waren: Graf Peter Pejacsevics, der Csákvärer Graf Moriz Esterházy, und der Lotijer Graf Nicolaus Esterházy. Letzterer fungirte persönlich, während die beiden Erstgenannten durch den Erzieher der jungen Grafen, den päpstlichen Kämmerer August Néger, sich vertreten ließen. Einen tiefen Eindruck machte die von dem hochwürdigen Bischof nach der Messe gehaltene Ansprache, in welcher er hinwies auf die adelichen Tugenden der Vaterlandsliebe, der Anhänglichkeit an den Thron, der patriotischen Opferwilligkeit, der heldenmüthigen Tapferkeit und der unverbrüchlichen Glaubensstreue, welche die Grafenkrone der Esterházy schmücken.

* (Se. Excellenz Graf Johann Czirály) wurde von dem katholischen Leserverein zu Kecse zum Ehrenmitgliede ernannt und das bezügliche Ehrendiplom demselben bereits zugestellt.

* (Budapester St. Ladislaus-Berein.) Der Directions-Ausschuß dieses Vereines hielt am 22. d. eine Sitzung ab, in welcher der hochw. Bischof Schlauch von Szatmár als Vorsitzender in seiner Eröffnungsrede die Nothwendigkeit betonte, zur Erhaltung der Csángó-Magyar eine größere Thätigkeit zu entwickeln. Zu diesem Zwecke wurde eine Commission entsendet, in welche gewählt wurden die Herren: Dr. Alex. Balogh, Bornemiza, Professor Kürer, Lónlay, Drem, Somhegyi, Frey. Diese Commission wurde beauftragt, mit dem apostolischen Vicar in Jassy ein ebensolches Verhältniß herzustellen, wie es das zwischen dem Verein und der Bukarester Diöcese ist. Nur dadurch sei es möglich, die Moldauer und rumänischen Magyarer mit ungarischen Geistlichen zu versehen und der Nation und der Kirche zu erhalten. Ueber die Bedrückungen, welchen diese Brudervölker in der Walachei ausgelegt, entwirft das Ausschußmitglied L. Sánta, auf Grund persönlicher Erfahrungen, ein sehr bewegliches Bild. Die Entnationalisirung schreite rapid fort; von den 146 ungarischen Gemeinden benützen nur noch 7 die ungarische Sprache, in allen übrigen haben die russischen Missionäre bis auf den Grund mit Religion und Sprache aufgeräumt. Noch wurden sodann eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigt, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

* („Internationales" aus Budapest.) Am Sonntag hielt dajelbst die „Großloge von Ungarn für die 3 Johannisgrade" ihre Jahresversammlung unter Vorsitz des Deputirten-Großmeisters. Es waren hierbei Voten aus Frankreich, England, Italien, Dänemark und Rußland durch ihre Repräsentanten vertreten. Von inländischen Voten nahmen

außer dem „Groß-Orient von Ungarn" überzwanzig an der Versammlung Theil. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden erfolgte die Verlesung des Jahresberichtes des Großbeamten-Collegiums, welcher, sowie die Schlußrechnungen und das Präliminare genehmigt wurde. Hierauf erfolgte die Großmeisterwahl, wobei Franz Pulsky feierlich zum Großmeister installiert wurde. Den Schluß der Feier bildete eine Festrede. An dem Banket nahmen über 90 „Brüder" Theil.

* (Die Neutralität Preußens-Deutschlands im russisch-türkischen Kriege) wird zwar von officiöser Seite bei jeder neuen Phase der Orientkrise vorgeschützt. Man verläumt in Berlin aber, wie es scheint, doch keine Gelegenheit, um die Ruffenfreundlichkeit durch Thaten zu beweisen. So finden wir im „Univers" folgendes Verzeichniß der deutschen „Neutralitätsacte": 1) die officiöse Presse plaidirt ausschließlich zu Gunsten Rußlands und gegen die Türkei. 2) der Botschafter in Stambul Prinz Neuß wies die Bitten auf deren Bitten um deutsche Friedensvermittlung an das russische Hauptquartier. 3) 300.000 Kilogramm Pulver sind durch die russische Regierung in Berlin gekauft und sofort nach Rußland expedirt worden. Der Kaufpreis wird laut Vertrag bis 1881 gestundet. 4) 250.000 Gewehre wurden von Rußland (jedemfalls nicht direct) das Stück zu fünf Francs gekauft und sofort nach Eydiluhnen expedirt. Die Uebergabe erfolgte seitens einer aus deutschen Officieren bestehenden Prüfungs-Commission, welche für den guten Zustand der Waffen verantwortlich war. Der Kaufpreis wird bis zum Jahre 1883 gestundet. 5) Zweimal in der Woche findet eine officielle Versammlung hervorragender preußischer Generalstab-Officiere beim Grafen Moltke statt, um die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen in Bulgarien und Asien zu studiren und zu begutachten. Das Protokoll jeder Sitzung wird Tags darauf an den russischen Generalstab geschickt (nicht glaublich); in dringenden Fällen geschieht dies sogar auf telegraphischem Wege. 6) Gegen 50.000 preußische Soldaten sind an der preußischen Ostgrenze concentrirt; dadurch wurde Rußland in den Stand gesetzt, fast alle seine Truppen aus Polen und Lithauen auf den Kriegsschauplatz zu dirigiren."

Localnachrichten.

** (In der ordentlichen Monats-Generalversammlung unserer Stadtrepräsentanz), welche am Montag, den 3. d., Nachm. 3 Uhr, ihren Anfang nimmt, kommt möglicherweise der interessante Fall zur Verhandlung, daß ein hiesiger, wohlhabender Bürger zur Weinlesezeit eine auffallend große Menge Weintrauben von den Landweibern aufkaufte, die er in sein Haus bringen ließ, um dort daraus Wein zu pressen. Das so gewonnene Weinquantum soll, laut behördlich gepflogener Unterjuchung, 132³/₄ Eimer klares Product betragen. Die hierdurch defraudirte Accise beläuft sich auf 280 fl. 80 kr. Der Strafbetrag auf ca. 3000 fl. Wir werden in unserer nächsten Nummer auf diesen ausreiner Habsucht hervorgerufenen Fall zurückkommen.

** (Pressprozeß.) Am 26. November fand gegen J. W. Barrella, vormalig in Neutra, die Schlußverhandlung vor dem hiesigen Schwurgerichte statt. Der Staatsanwalt Géza v. Csereky in Neutra belangte den Angeklagten auf Verläumdung wegen zwei in dessen Wochenchrift: „Die ungarische Laterne", erschienenen Artikeln, in welchen Ersterer beschuldigt worden, in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt in Nothzuchtsfällen nicht eingeschritten zu sein und sich ferner des Mißbrauches der Amtsgewalt schuldig gemacht zu haben. Den Vorsitz bei dieser Verhandlung führte der Gerichtsrath L. v. Droß, als Botanten fungirten die Gerichtsräthe Perczel und Heinrich, als öffentlicher Ankläger Staatsanwalt L. v. Zeitvay, als Verteidiger Dr. M. Mardron — Der Angeklagte, dessen Aufenthalt gerichtlich unbekannt ist, war zur Verhandlung nicht erschienen. Der Spruch der Geschworenen lautete auf die Frage: ob Barrella der Verfasser der incriminirten Artikel sei? mit „Nein". Dagegen wurde die Frage, ob diese Artikel eine Verläum-

zung in sich schließen und Varella durch deren Veröffentlichung sich einer solchen schuldig gemacht, einstimmig bejaht und demgemäß Varella zu sechsmonatlichem Kerker, zu 300 fl. Geldstrafe und zum Kostenersatz verurtheilt. Da der Gerichtshof die vom Verteidiger beantragte Kassirung des Geschwornen-Urtheilspruches ablehnte, meldete Letzterer die Nullitätsbeschwerde an.

Literarisches.

„Deutscher Hauschat.“ Von dieser sehr empfehlenswerthen illustrierten Zeitschrift ist soeben das 3. Heft des IV. Jahrganges (1878) mit folgendem Inhalt erschienen:

Text: Die Deutschamerikaner, Roman. (Fortsetzung). — Bilder aus Oesterreich. Ein Ausflug zum Eilensee und auf die Scecaplana. — In schwerer Zeit, Gedicht. — Aerztliche Fuß- und Straßpredigten. II. Die Spritze des Aesculap und die Spritze des Satanas. — Der russisch-türkische Krieg. Die Ereignisse in Bulgarien im September 1877. — Petition der Sterbenden. — Ergebnisse in Italien. — Der schwarze Schleier. — Chopin's Tod. — Geisblatt, Gedicht. — Chemischer Hausfreund. — Julian der Abtrünnige. Ein Lebensbild aus der Weltgeschichte. — Allerlei.

Illustrationen: Bludenz und seine Umgebung in Vorarlberg. — In schwerer Zeit: Szene aus dem Bauernkrieg. — Auf der zerstörten Eisenbahnstrecke zwischen Jamboli und Adrianopel. — Saumpferd an der Benediktenwand in Oberbayern. — Der Nemi-See. — Ruine der Bernerkapelle in Bacharach am Rhein. — St. Gallen in der Schweiz. — Ueberrascht. — Humoristische Bilderathel.

Der „Deutsche Hauschat“ kostet in Wochennummern oder (jährlich 18) Heften pro Quartal 90 fr. (Gold) und ist bei allen Buchhandlungen oder durch die Verlagsbuchhandlung Fr. Pustet in Regensburg (Bayern) direct zu beziehen.

„Alte und Neue Welt.“ Inhaltsverzeichnis des soeben erschienen 4. Heftes vom XII. Jahrganges 1878.

Text: In der Magdalenenkirche zu Paris, Gedicht. — Er sucht seine Frau, dem Englischen nachzählet. — Drei Stunden bei der kleinen Excellenz. — Von Westen nach Osten. 8. — Im Norden der Dvina. — Armseelenlohn. — Der große Beghinenhof bei Gent. Waldeswehen, Gedicht. — Die eishundertjährige Jubiläumsfeier des Stiftes Kremsmünster. — Verfälschung der Lebensmittel in früherer Zeit. Von L. Friedlieb. — Eine Reise nach Jütland. Weitere Bilder aus dem Soldatenleben im Felde. — Allerlei: (Das Eldorado der Advokaten. Die Stausfächerin. Verbesserte Lokomotiven. Die Bevölkerung der Erde. Eßt amerikanisch. Charade. Vertrauliche Correspondenz.)

Illustrationen: Titelvignette. — Ein Brunnen im Serail. — Ludwig Windthorst. — Ausblick von den Gärten des Serail. — Dessentlicher Briefschreiber. — Türkische Geldwechsler. — Bazar der Juweliers. — Initiale G. — Die Stausfächerin. — Der Große Beghinenhof in Gent aus der Vogelperspektive. — Eine Beghine. — Die Wittve des Martyrers. — Titelvignette. — Stift Kremsmünster. — Der Besuch.

(Jährlich erscheinen 18 oder alle Wochen 1 Heft in Umschlag groß 4^o reich illustriert, mit prachtvoller Farbendruck-Gratis-Prämie: „Die heilige Familie.“ Preis per Heft 40 Hg. = 20 fr. (Gold.) Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie von der Verlagsbuchhandlung Geb. Karl und Nikolaus Weniger in Einsiedeln (Schweiz).

Volkswirtschaftliche Zeitung.

(Das Silberagio) wurde für die zu dessen Erhebung berechtigten Verkehrsanstalten pro December 1877 auf 6 Procent festgestellt. Uebrigens wird gemeldet, daß man sich im k. ung. Communicationsministerium gegenwärtig mit der Idee trägt, — vorerst auf den Linien der ungarischen Staatsbahnen — bezüglich des Personentarifses demnächst mit der Einhebung des Silberagio-Zuschlages, welcher auf diesen Bahnen erst seit etwa 3 Jahren eingehoben wird, wieder auszuheben; man hofft, hiedurch den stark geunkenen Personenverkehr einigermaßen zu beleben. Mit dieser, insbesondere bei der abermals steigenden Tendenz des Silberagios sehr erwünschten Maßregel geht dann noch eine Stabilisirung der Fahrpreise Hand in Hand, und ist es gewiß sehr erfreulich, wenn die fortwährenden Preisschwankungen aufhören, die zu vielfachen Unzukömmlichkeiten führten. Freilich wäre in dieser Beziehung der Erfolg nur dann ein vollständiger, wenn auch die Nachbahren das Agio ausließen, was jedenfalls angestrebt werden sollte.

(Die Actionäre der Resmarkter Sparkasse) sind bekanntlich (vgl. unsere Correspond. aus Süd-Sips in Nr. 45!) für den 2. December d. J. zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen, um anlässlich der durch die Veruntreuungen des gewesenen Buchhalters perm. Sorgey erwachsenen großen Verluste

zu berathen und Beschlüsse zu fassen. Am 24. November hielt ein sehr großer Theil dieser Actionäre eine Bortkonferenz ab. Allgemein wurde bei dieser Gelegenheit der Entschluß zum Ausdruck gebracht, das Institut zu erhalten und die Geschäfte der Sparkasse mit erneuerter Kraft fortzuführen. Zu diesem Zwecke soll durch Emission neuer Actien, deren Bezug bis zu Dreiviertel der Actien-Anzahl den alten Actionären bis zum 20. December vorbehalten bleibe, das Actienkapital von fl. 40.000 auf fl. 120.000 gebracht werden und dieser Summe noch überdies ein Garantiefond von fl. 60—80.000 zur Seite stehen. Auf diese Weise beabsichtigen Verwaltung und Actionäre, allen Eventualitäten die Spitze zu bieten, die Geschäfte ohne weitere Störung fortzuführen und dabei in möglichst kurzer Zeit den erlittenen Verlust zu decken.

(In Serbien) ist die orientalische Kinderpest in hohem Grade ausgebrochen, demzufolge die ungarische Regierung am 22. d. die allgemeine Grenzsperrre gegen dieses Land angeordnet hat.

(Die Börse) hat eine ziemlich bewegte Woche hinter sich, wozu die Motive, hauptsächlich in der französischen Krise, sowie in abermals auftretenden Friedensgerüchten gegeben waren. Am Wochenschlusse notiren im Allgemeinen die Curse besser als in der Vorwoche.

(Im Fruchtgeschäft) herrscht völlige Stille bei stagnirenden Preisen. Es notiren am 30. November je 100 Kilo (Usance-Waare) in

	Wien	Budapest
Frühjahrs-Weizen	11.20	10.85
„ Hafer	7.45	6.85
„ Mais	7.52	7.20

Preßburger Fruchtpreise vom 30. November 1877.

	Hektoliter	niederster	mittlerer	höchster
Weizen	940 fl.	7.80 fl.	8.82 fl.	9.85
Korn	38	—	—	6.01
Gerste	935	5.36	6.01	6.66
Hafer	217	3.09	3.49	3.90
Ruturuz	119	5.20	5.36	5.53

Feuilleton.

Maria Dolores.

(Fortsetzung.)

Den Vater interessirte es jetzt, über Klöster persönlich und selbstständig sich Urtheile zu schaffen. Er freute sich, zuerst die Manresa des hl. Ignatius zu sehen und dann ins anstößende Gebirge einzudringen. Er hörte den Führer mit Gelassenheit, als dieser stolz, aber mechanisch, ungefähr also sprach:

„Die Felsenburg der „gejägten Berge“ — denn das bedeutet ihr catalonischer Name — erhebt sich gleich einem gewaltigen, verzauberten Schlosse aus dem grünen, mit allen Reizen der südeuropäischen Natur verschwenderisch geschmückten Hügellande zwischen den reichbevölkerten und prächtig angebauten Thälern der Flüsse Nobregat, Noya Besór, und verläuft sich in Hunderte von riesenhaften Felskegeln, die ernst und feierlich, gleich versteinerten Zeugen der Allmacht Gottes, bis in den reinen Aether des glänzend blauen Himmels aufzuragen scheinen. Und welche Fülle der Romantik hat die Natur eben diesem Berge verliehen, welch' hohes historisches Interesse knüpft sich an seine erhabenen Binnen, welch' poetischen Reiz hat nicht gerade ihm die Erinnerung an Tausende von sinnigen Erzählungen, welche im Munde des Volkes über ihn gang und gäbe sind, verliehen! Wie schön doch ist die Legende, daran jeder Catalonier festhält, daß nämlich der Monserat ursprünglich ein fest zusammenhängendes Gebirge gewesen und erst in jener hochheiligen Stunde in seine Hunderte von Felskegeln zerpalten sei, wo der Welterlöser am Kreuze verblutete!“

Sir William wollte lieber von dem, an seinem Ostabhange erbauten Benedictinerkloster hören, da vernahm er:

„Der „Convento de Nuestra Señora del Monserat“ (das Kloster unserer lieben Frau von Monserat) steht etwa in der halben Höhe des Gebirges auf einem schmalen Plane hart am Rande eines Schwindel erregenden Abgrundes, welcher den nach dem Nobregat-Thale sich öffnenden

Ausgang einer tiefen Thalschlucht bildet, die das ganze Gebirge der Länge nach spaltet und den einzigen Aufweg zu seinem höchsten Gipfel gestattet.“

In Vogelperspektive erblickten sie bald vom Kloster aus das, hier zu einer schmalen, romantischen Schlucht verengte Thal des Nobregat, während unmittelbar hinter dem imposanten Gebäude colossale Felsmassen in den wunderbarlichsten Gestalten hoch emporragten. Drei isolirte, hinter den Nebengebäuden des Klosters stehende Felscolosse sahen fast aus, wie menschliche Gestalten. Jeder trug einen riesigen, fast wie eine Bischofsmütze gestalteten Block, weshalb sie auch die drei Bischöfe genannt werden. Das Schloß besteht aus drei gewaltig großen, aus mächtigen Quadern zusammengesetzten Gebäuden, welche einen vieredigen Hof umschließen, und nimmt mit seinen zahlreichen Nebengebäuden, von denen eines seit der Sacularisirung als Gasthaus dient, einen bedeutenden Raum ein. Das nach Osten gerichtete Gebäude enthält die Kirche, daneben erhebt sich der oben achteckige, blos mit einem spitzen Ziegelschindel bedeckte Glockenthurm, welcher die colossalen Gebäude nur wenig überragt. In den beiden, seit dem Brande von 1814 inwendig theilweise zerstörten Seitengebäuden befinden sich über 100 geräumige Zellen, deren jede ein großes Fenster mit Balcon besitzt. Das nach Süden schauende Gebäude ist acht Stockwerke hoch und mit 55 Balcons geschmückt. Eine hohe, mit dem Kirchhause parallel gehende Mauer, welche die beiden Klosterflügel an der Westseite verbindet, scheidet den inneren, von dem Kreuzgang umgebenen Hof von den beiden Vorhöfen, deren zum Theil in gothischem Styl ausgeführte Gebäude in Ruinen liegen. Dieser Neuenbau stammt aus dem 16. Jahrhunderte, wo er auf Befehl und Kosten Philipps II. errichtet wurde, da sich das bis dahin bestandene viel kleinere Kloster im Laufe der Zeit sowohl für die immer mehr anwachsende Zahl der Mönche, als zur Beherbergung der Tausende von Wallfahrern, die alljährlich nach dem Monserat strömten, als unzureichend erwiesen hatte.

Das Monseratkloster verdankt nämlich seine Entstehung einem hölzernen Bilde der hl. Jungfrau, welches im 9. Jahrhundert in einer unweit des Klosters befindlichen Höhle gefunden worden. Der Legende zufolge wurde dieses Bild vom Evangelisten Lucas in Jerusalem gefertigt, durch den Apostel Paulus nach Spanien gebracht und von diesem dem hl. Etherius, erstem Bischof von Barcelona, übergeben. Als die Mauren nach Catalonien einbrachen, rettete es der damalige Bischof von Barcelona auf den Monserat und versteckte es in die erwähnte Höhle, wo es 880 von einem Hirten gefunden wurde. Sifredo el Bellojo, Graf von Barcelona und Bajal Karls des Dicken, ließ hierauf ein kleines Kloster an derselben Stelle bauen, wo das jetzige steht, und übergab dasselbe den Nonnen von San Pedro de les Puellas in Barcelona. Im Jahre 976 ließ Borell, fünfter Graf von Barcelona, diese Nonnen zurückkehren, und versetzte Benedictinermönche auf den Monserat. Der durch seine Gelehrsamkeit berühmte Druden blieb im Besitze des, später durch Philipp II. reich dotirten Klosters, dessen Neubau 32 Jahre erforderte (vollendet wurde es 1599), bis 1836, wo sämtliche Mönchsklöster in Spanien aufgehoben wurden, und häufte hier allmählig eine große Menge der werthvollsten literarischen Schätze und Kunstwerke auf, während er zugleich die Kirche mit gottgeweihter Pracht und vielen Kostbarkeiten ausschmückte. Berühmt war sie an seltenen Manuscripten reiche Bibliothek, enorm der Werth der Kirchengeräthe und Messgewänder. Brannten doch allein am Hochaltar, auf welchem das Madonnenbild aufgestellt ist, Tag und Nacht ununterbrochen schwere, dicke Wachskerzen auf achtzig massiv-silbernen Candelabern.

Diese ganze Pracht ging im Befreiungskriege durch die Franzosen zu Grunde; schon 1808 besetzten dieselben das Kloster, verschonten es jedoch, da sie auf keinen Widerstand stießen. Nach ihrem Abzuge diente das Kloster den Spaniern als Operationspunkt und Waffenplatz. Deshalb erstürmten die Franzosen gegen Ende des Krieges den Monserat, worauf sie die Mönche vertrieben, das Kloster plünderten und, vermuthlich aus Rache dafür, daß die Mönche die größten Kostbarkeiten

versteckt hatten (sie waren auf die Balearen Inseln gebracht worden), daselbe zu sprengen versuchten. Die Stärke der wie für die Ewigkeit gebauten Mauern vereitelte dieses Unternehmen großentheils; als aber die Franzosen gezwungen wurden, Catalonien zu räumen, steckten sie das Kloster in Brand. Dadurch wurden nicht allein die meisten Nebengebäude zerstört, welche seitdem in Ruinen liegen, sondern auch die Bibliothek und viele der früheren Plünderung entgangene Kunstwerke und Kostbarkeiten, indem die eigentlichen Klostergebäude, deren Mauern die Flammen wenig anhaben konnten, innerlich ausbrannten. Dies geschah 1814. Nach der Rückkehr Ferdinands VII. bauten die Mönche fleißig an der Wiederherstellung ihres verwüsteten Hauses. 1820 zum zweiten Male vertrieben, begannen sie die Restauration des Klosters 1823 abermals und setzten dieselbe, soweit es ihre sehr zusammengeschnittenen Mittel erlaubten, bis 1835 fort. Seit der Aufhebung des Ordens geschieht nur das Allernothdürftigste für die Erhaltung der Kirche und zur Verhütung weiterer Zerstörung, und daher ist das Kloster, so stattlich es sich noch immer von Außen und namentlich in einiger Entfernung ausnimmt, genau beisehen, eine grandiose Ruine.

Unsere Besucher fanden in den verödeten Gebäuden noch acht ehemalige Benedictiner, welche hier als Weltgeistliche in den ärmlichsten Verhältnissen lebten. Sir William wurde sehr unwillig, als er hier sich klar machte, wie das Kloster auch civilatorisch von so hoher Bedeutung gewesen, wie so manches gelehrte Werk theologischen, philologischen, historischen, selbst naturgeschichtlichen Inhalts in den einsamen Zellen dieses Gebäudes geschrieben worden, wie mancher berühmte Mann hier für immer als sommer Bruder, oder zeitweilig in bechaulicher Zurückgezogenheit, ersten Studien oder Busübungen hingegeben, gelebt habe, wie St. Ignatius!

Er verhehlte es seinem Sohne nicht mehr, daß er sich schäme, über die katholische Kirche belogen und betrogen gewesen zu sein!

Bald nach der Rückkehr eilten alle Drei zur Reise nach London. Auf dem Schiffe bemerkte William, wie seine Kinder, die er stundenlang vergnügt anschaute, ihn nicht zu beachten schienen, indem sie wiederholt in ein Bild sich vertieften, aus einem kleinen Büchlein lasen, mit einander sprachen und wieder schwiegen, als ob sie nicht, wie Verlobte nur mit sich, sondern mit einem Dritten sich beschäftigten. Als sie am zweiten Tage der Seereise wieder Wien machten, diese einförmige Unterhaltung vorzunehmen, trat er an sie mit der Frage: „Was habt denn Ihr da Schönes?“

„Ein Kunstwerk aus Rom in Photographie“ — entgegnete Frederic — „eine symbolische Deutung der katholischen Lehre vom hl. Sacrament der Ehe! Unsere Kirche will, daß wir mit guter Vorbereitung sie eingehen und einen heiligen Stand darin finden“ — fügte Dolores hinzu, die jetzt wieder in ihrer ganzen Kindlichkeit und dem Herzen des Onkels eine Freude war, die ihn überaus beglückte.

„Was leset Ihr dabei?“ fragte er.
(Schluß folgt.)

Letzte Post.

Der Ausgleichs-Ausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hat in seiner gestrigen Sitzung bei Berathung der Solktarifvorlage, trotz der Erklärung des Finanzministers, daß diese Vorlage ihre Integrität behalten müsse, die beantragte Erhöhung des Kaffeepreises einstimmig abgelehnt.

Aus Paris wird gemeldet, daß Mac Mahon die Präsidenten des Senats und der Deputirtenkammer empfangen habe. Der Marschall-Präsident habe bei diesen Besprechungen erklärt, er werde sich niemals zu verfassungswidrigen Gewaltmaßregeln verstehen, vorausgesetzt, daß die Deputirtenkammer sich innerhalb ihrer Befugnisse halte. Nach einer Mittheilung des „Moniteur“ soll sich Mac

Mahon bereit erklärt haben, „zur vollen Praxis der verfassungsmäßigen Minister-Verantwortlichkeit zurückzukehren, wenn die Kammer das Budget votirt, die conservativen Wahlen, die kein anderes Gebrechen als die Regierungs-Intervention haben, validirt und die Enquête gegen die Minister des 16. Mai fallen läßt.“

Aus Rom schreibt man uns vom 27. November: Der Zustand des hl. Vaters, welcher mehrere Tage unwohl war und das Bett hüten mußte, hat sich seit gestern wesentlich gebessert. Die Aerzte erlaubten ihm, gegen Mittag das Bett zu verlassen. Gegen 2 Uhr stand denn der Papst auf, empfing einige Personen in seinem Zimmer und nach 4 Uhr begab er sich wieder zu Bette. Nach der Meinung der Aerzte dürfte die Besserung ganz nach Wunsch vorwärts schreiten.

Nachrichten aus Budapest zufolge ist gestern der hochw. Bischof Olteanu in Großwardein plötzlich gestorben.

Wiener Börse vom 30. November.

	Geld	Waare
5proc. öst. Papier-Rente	63.60	63.75
„ Silber-Rente	66.80	66.95
Österr. Gold-Rente	74.55	74.70
Ungarische	92.10	92.25
1860er Staatslose ganze 1864er	112.25	112.75
Zürkenlose, volleingelohnt	14.60	15.—
Ungar. Prämienlose	80.25	80.50
Anglo-Österr. Bank	92.75	93.25
„ Hungarian-Bank	9.—	10.—
Ungar. Bodencreditanstalt	—	—
Österr. Creditactien	210.25	210.50
Ungar. Creditbankactien	191.—	191.50
Nationalbank	808.—	810.—
Unionbank	62.25	62.75
Verkehrsbank	97.—	97.50
Wiener Bankverein	69.50	70.—
Alföld-Fiumaner Bahn	112.—	112.50
Karl-Ludwig-	245.—	245.25
Elisabeth-	160.50	161.—
K.-Ferdinand-Nord-	1937	1940
Franz-Josef-	128.50	129.—
Nordwest-	106.—	107.—
Rudolf-	116.—	116.50
Lemberg-Czernowitz-	120.—	120.50
Kaischau-Dorberger-	99.50	100.—
Staatsbahn, österr.	260.50	261.—
Südbahn	77.—	77.50
Südbahn-Prioritäten	106.75	107.25
Eisenbahn	176.—	176.50
Ungar. Galiz. Bahn	95.50	95.75
Nordostbahn	109.50	110.—
Siebenbürger Bahn	103.75	104.25
Donaudampfschiffahrt-Actien	339.—	341.—
Ungar. Eisenbahnanlehen	98.50	98.80
Grundentlast-Oblig.	78.25	78.75
Siebenbürg. detto	76.—	76.30
Weinzeihenablosungs-Oblig.	76.50	77.—
Credit-Lose	164.50	165.—
4proc. Dampfschiff-Lose	91.50	92.50
5mer-Lose	28.75	29.25
Jährl. Clary-Lose	28.50	29.—
„ Fálffy-Lose	27.—	27.50
„ Salm-Lose	40.—	40.50
Graf St. Genois-Lose	31.75	32.25
„ Waldstein-	22.—	22.50
„ Reglewich-	12.75	13.25
Rudolf-Lose	13.50	14.—
Kais. Rand-Ducaten	5.63	5.65
Österr.-ung. 8 fl. Goldstücke	9.77	9.79
20 Markstücke	11.73	11.77
20 Francstücke	9.51	9.52
Silber	105.50	105.75

Zähne,

einzelne oder ganze Gebisse in vulkanisirtem Kautschuk oder Gold, täuschend und unkenntlich, erzeugt, sowie alle Zahnoperationen verrichtet

Ferdinand Prohászka,

44 Zahnarzt, Spitalgasse Nr. 263. 15-2

Das

gräflich Szechényi'sche Haus

Andreasgasse Nr. 59 ist aus freier Hand zu verkaufen, oder auch ganz oder theilweise zu vermieten. — Nähere Auskunft wird ertheilt in der Advokaturkanzlei Biermeiergasse Nr. 177 im 1. Stock zwischen 3-4 Uhr Nachmittags.

Meteorologische Beobachtungen in Preßburg.

Tag	Zeit	Barometer-stand bei 0° C. in Millimeter	Temperatur nach Celsius	Lufttemperatur in Fußhöhe	Lufttemperatur in Prozenten	Windrichtung und Stärke	Wolkenhöhe über Meer	Wolkenhöhe über Meer
23. Nov.	7 U. M.	739.0	+ 2°6	5.0	91	WS	3	10
	2 „ Ab.	741.3	+ 4°1	5.4	88	WS	1	10
	9 „ Ab.	743.0	+ 4°6	5.1	84	WS	1	5
Regen mit 1-3 Mm. Niederschlag.								
24. Nov.	7 U. M.	745.1	+ 5°7	4.8	70	WS	1	10
	2 „ Ab.	744.0	+ 5°9	5.4	78	WS	1	7
	9 „ Ab.	740.2	+ 3°6	5.4	92	WS	1	10
Am Morgen schwacher Regen.								
25. Nov.	7 U. M.	732.5	+ 6°4	6.0	84	S	1	10
	2 „ Ab.	729.2	+ 5°4	6.2	92	WS	2	10
	9 „ Ab.	731.1	+ 4°4	5.4	87	WS	2	10
Regen mit 2-3 Mm. Niederschlag								
26. Nov.	7 U. M.	740.3	+ 4.2	3.7	61	WS	4	10
	2 „ Ab.	744.7	+ 5°9	4.3	62	WS	2	8
	9 „ Ab.	747.0	+ 2°6	4.3	77	WS	3	2
Am Morgen schwacher Regen.								
27. Nov.	7 U. M.	746.8	+ 1°7	4.3	84	WS	1	3
	2 „ Ab.	744.2	+ 4°6	4.0	64	S	2	6
	9 „ Ab.	742.7	+ 1°1	4.2	85	S	1	7
Reif. — Nachmittags großer Sonnenhof.								
28. Nov.	7 U. M.	739.6	+ 1°3	4.2	83	WS	1	10
	2 „ Ab.	738.4	+ 2°8	5.2	93	WS	1	10
	9 „ Ab.	738.6	+ 1°8	5.0	95	WS	2	10
Regen mit 0-8 Mm. Niederschlag.								
29. Nov.	7 U. M.	739.8	+ 2°4	5.3	96	WS	3	10
	2 „ Ab.	739.1	+ 4°1	5.6	92	WS	2	10
	9 „ Ab.	738.8	+ 2°5	5.0	91	WS	1	10
Regen mit 2-85 Mm. Niederschlag.								

„Neue Weckstimmen“.

Es dürfte wohl den meisten Lesern dieses Blattes, welche zugleich Abonnenten der alten Weckstimmen (Hefte in rothem Umschlage) waren, bekannt sein, daß diese von Herrn Carl Sartori vor Jahren gegründete und segensreich fortgeführte Unternehmen — unerwartet und ohne Zustimmung des Gründers beiseite, — in fremde Hände geriet, und das regelmäßige Erscheinen der alten Weckstimmen nur zu halb Vieles zu wünschen übrig ließ. Nunmehr ist dieses Unternehmen abermals in andere Hände gelangt.

Diese oben erwähnten Umstände einerseits, und die Verdrängung andererseits, es könnte dieses feinerget so erprießlich wirkende Unternehmen der alten Weckstimmen gänzlich eingehen, veranlaßten das gefertigte Preß-Consortium, mit „Neuen Weckstimmen“ (Hefchen in gelbem Umschlage) vor das Leie-Publikum zu treten. Daß dieses neue Unternehmen dem Bedürfnisse der katholischen Leser vollkommen entsprach und den Wünschen und dem Geschmack derselben allseitig gerecht wurde, geht daraus hervor, daß die „Neuen Weckstimmen“ bald nach ihrem Erscheinen in überraschender Weise einen großen Stock von Abonnenten an sich verewinten. Daß aber das Unternehmen der „Neuen Weckstimmen“ auch eine Nothwendigkeit war, wurde dadurch zur Evidenz bewiesen, daß von den alten Weckstimmen seit April 1. J. kein Heft mehr erschienen ist.

Die „Neuen Weckstimmen“, welche sich in so kurzer Zeit ihres Bestehens allseitige Anerkennung und unbedingtes Vertrauen erworben, — werden auch weiterhin unter Gottes Beistand bestrebt sein, den so reich erworbenen guten Ruf sich zu bewahren und durch Heranziehung noch anderer vorzüglichen Kräfte — nur Besseres zu bieten.

So haben uns ihre Mitarbeiterchaft unter Anderem zugesagt die Herren: A. Freunhofmayer, Monsignor Greuter, F. Hattler S. J., Dr. Hans Jacob (Hanns am See), Heinrich v. Gutler, Max Klinkowirum S. J., Dr. Delz, Dr. J. Scheicher, A. Scherner, A. Steiner, Joh. Schwingenschagl S. J., P. Vincenz Thuille, Philipp Wasserburg (Vincenz).

Das erste Heft des Jahrganges 1878 wird schon nächster Tage ausgegeben werden; dasselbe führt den Titel: „Der Kostenpunkt in der Schulfrage“ von Scholasticus.

Das zweite Heft wird demnächst erscheinen; dieses betitelt sich: „Der Studentenbauer“ und hat den bekannten Schriftsteller Hanns am See zum Verfasser.

Für das katholische Preß-Consortium in Wien:

Anton Graf von Bergen,
k. k. Kämmerer.

Math. Poppenberger,
Geheimer Kämmerer Sr. Majestät und k. k. geill. Rath.

Franz Schuch,
Privatier

Der Pränumerationspreis der „Neuen Weckstimmen“ ist pro Jahrgang, 12 Hefte, mit portofreier Zustellung 1 fl.

Durch die Administration, Wien, Postgasse Nr. 2 oder eine Buchhandlung bezogen 80 kr. 43 2-1

Für Deutschland: Durch den Buchhandel bezogen 1 M. 60 Pf., mit Postanwendung 2 Mark.

Auf 10 Exempl. geben wir 1 Freie exempl.

Die Administration der
„Neuen Weckstimmen“,
Wien, Postgasse Nr. 2.